



# attac

attac Köln  
Arbeitskreis  
Bildung und Erziehung

## AK:BE-Rundbrief

32. Ausgabe – Dezember 2022



## Friedenslogik statt Kriegslogik

### Editorial

Insgesamt 31 AK:BE-Rundbriefe haben wir seit 2008 verschickt. Unseren inhaltlichen Grundanliegen entsprechend waren sie ausschließlich Themen von Bildung und Erziehung gewidmet. Mit der vorliegenden Ausgabe weichen wir von dieser Praxis ab. Anlass dazu bietet die multiple, keineswegs erst 2022 entstandene Krisenkonstellation – an einem Punkt, zu dem auch schlimmst-denkbare Entwicklungen nicht mehr ausgeschlossen werden können.

Die aktuell höchste Brisanz hat der Krieg in der Ukraine. Mit ihm vollzogen sich tiefgreifende Veränderungen im Denken und politischen Verständnis großer Teile der Bevölkerung. So wird der von Olaf Schulz zur Legitimation des 100 Milliarden Sondervermögens für die Bundeswehr instrumentalisierte Begriff der „Zeitenwende“ durchgängig und mit kaum umstrittener Selbstverständlichkeit zur globalen Charakterisierung der aktuellen Situation genutzt. Dabei handelt es sich keineswegs um harmlose Wortspielereien. Mit diesem Begriff soll eine Zäsur und der Beginn einer in historisch-politischer Hinsicht neuen Ära gekennzeichnet, begründet und legitimiert werden – einhergehend mit einer Verwerfung und rückwärtigen Diskreditierung jahrzehntelanger Friedens- und Entspannungspolitik und mit der Auflösung eines auf Verständigung und Interessenausgleich gerichteten westlichen Wertesystems.

Es ist unser Anliegen, mit diesem Rundbrief die Hintergründe dieser gesellschaftlichen und politischen „Neuorientierung“ sichtbar zu machen und die damit verbundenen Deutungen und Entwicklungen kritisch zu befragen, zur Diskussion zu stellen und nach Alternativen zu fragen.

### Denk- und Sprachräume freihalten

Dieser Rundbrief ist nicht nur, aber in besonderer Weise für Leserinnen und Leser gedacht, die in der Bildungs- und Erziehungsarbeit tätig sind. Wie Alltagserfahrungen und Umfragen zeigen, ist der Krieg in der Ukraine ein Thema, das Kinder und Jugendliche in Familien und Schulen wie auch Studierende inhaltlich und emotional beschäftigt. Bereits im Kita-Alter stellen Kinder dazu besorgte Fragen. Als attac-Arbeitskreis Bildung und Erziehung sind wir der Meinung, dass Brechts 'Bitten der Kinder' gerade heute aktuell sind: "Die Häuser sollen nicht brennen. Bomben soll man nicht kennen. Die Nacht soll für den Schlaf sein. Die Mütter sollen nicht weinen. Keiner soll töten einen. Alle sollen was bauen. Da kann man allen trauen. Die Jungen sollen's erreichen. Die Alten desgleichen."

Wir halten es nicht für hinnehmbar, dass aufgrund dieses Krieges die Erziehung zum Frieden, Initiativen wie 'Schulen ohne Bundeswehr', die Zivilklauseln in den Grundordnungen der Universitäten und in Hochschulgesetzen, Borcherts "Sag Nein" einfach über Bord geworfen werden und durch Diffamierung und gleichzeitige Hochrüstung ersetzt werden sollen. Vielmehr müssen der Denkraum und der Sprachraum dringend und notwendig für eine gesellschaftliche Auseinandersetzung und Verständigung über Kriegs- und Friedenslogik offen gehalten und erweitert werden. Auch und gerade in den Bildungseinrichtungen. Hier ist ein zentraler Ort für den Widerstand gegen eine pauschale und rassistische Freund-Feind-Sortierung und gegen die politische und ökonomische Ausnutzung und Instrumentalisierung der aktuellen Kriegssituation zu einer Militarisierung von Politik und Gesellschaft.

## Darum geht es in diesem Rundbrief

Russland hat im Februar dieses Jahres die Ukraine mit einem Angriffskrieg überfallen, ein Bruch des Völkerrechts, der im westlichen Europa nicht mehr für möglich gehalten worden war. Der Land- und Luftkrieg - mit dem Ziel der vollständigen Annexion der Ukraine und der geopolitischen Ausweitung der Macht Russlands - dauert bereits seit über neun Monaten an: mit zehntausenden Toten, unsäglichem Leid der Bevölkerung, Zerbombung der Infrastruktur der Ukraine und dem Risiko einer nuklearen Katastrophe im größten europäischen Atomkraftwerk. Der Widerstand der ukrainischen Regierung und Bevölkerung, die fortdauernde Unterstützung durch den Westen und die militärische Situation lassen eine baldige Beendigung des Krieges nicht erwarten. Waffenstillstand und Friedensverhandlungen gelten derzeit als nicht wahrscheinlich. Die Lage im Ukrainekrieg ist in vieler Hinsicht unübersichtlich und komplex, die meisten Berichte stehen stereotyp unter dem Vorbehalt „Eine unabhängige Überprüfung der Nachricht ist nicht möglich“. Russische Drohungen des Einsatzes von taktischen Atomwaffen und entsprechende westliche Repliken, Ereignisse wie kürzlich der Einschlag ukrainischer Raketen in Polen, bergen das Risiko einer gewollten oder fahrlässigen Ausweitung des Krieges durch beide Seiten mit einer nicht mehr beherrschbaren Eskalation. Innenpolitisch ist in Russland die Repression und Kriminalisierung jeglicher Opposition und Kritik an dem Angriffskrieg, der hier nur als „militärische Spezialoperation“ zur Befreiung der Ukraine bezeichnet werden darf, verschärft worden. In der Ukraine besteht ein Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahre. Über innerukrainische Kritik am politischen und militärischen Kurs der Regierung und mögliche Sanktionen wird wenig bekannt.

Gleichzeitig wird dieser von Russland begonnene Angriffskrieg außenpolitisch für geopolitische Interessen der USA, der Nato und Europas instrumentalisiert und zur militärischen Aufrüstung und Stabilisierung wie Ausweitung der Nato genutzt. Diese nicht erst seit Kriegsbeginn bestehenden geostrategischen Interessen werden politisch und medial mit dem Narrativ der Verteidigung der westlichen Freiheit und Werte und des westlichen Wohlstandes verharmlost, verschleiert oder beschwiegen – bei Ausblendung bzw. ohne Erwähnung der Vorgeschichte des Krieges und des westlichen Anteils an der Eskalation. Innenpolitisch wird (nicht nur) in Deutschland mit dem Narrativ der „Zeitenwende“ für die finanzielle, materielle und mentale Umorientierung von Politik, Ökonomie und Gesellschaft geworben und gearbeitet. Der Bundeshaushalt 2022 wurde – bereits vier Tage nach Beginn des Krieges angekündigt - mit einem Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro für „notwendige Investitionen und Rüstungsvorhaben“ bei der Bundeswehr ausgestattet. Diese bis zum Zeitpunkt der Ankündigung nicht öffentlich diskutierte und legitimierte, pauschale Zuweisung und Priorisierung im Staatshaushalt ist absehbar damit verbunden, dass die seit vielen Jahren geforderten Gelder für „notwendige Investitionen“ bei der Energie- und Verkehrswende im Klimawandel, im Gesundheits- und Sozialwesen, im Bildungssystem und bei den kulturellen Einrichtungen, alles bereits jetzt unterfinanziert, weiterhin fehlen werden.

Ebenso dauerte es nur wenige Tage, bis nach Beginn des Krieges all denen die Mitschuld an diesem Krieg angelastet wurde, die in der Vergangenheit für Frieden und Abrüstung, Friedenserziehung und Verständigung eingetreten sind. Aufrüstung, Rüstungswettlauf, das Gleichgewicht des Schreckens sind die neuen alten Optionen zur Friedenssicherung. Politisch, medial und gesellschaftlich folgte rasch eine pauschale Freund-Feind-Sortierung und Gut-Böse Bewertung, die keinen Raum für Nachfragen, Zwischentöne und Kritik lassen. Gut ist alles, was dem angegriffenen Guten nützt und dem aggressiven Bösen schadet. Die Untersuchungen von Ponsonby und Morelli (siehe nachstehende Textsammlung) analysieren und beschreiben dieses in den Kriegen des 20. und 21. Jahrhunderts aufzeigbare Muster der propagandistischen Verengung und Neuausrichtung gesellschaftlicher Wahrnehmungen.

In diesem Rundbrief sind - nicht zuletzt auch für Erzieher\*innen, Lehrer\*innen und Dozent\*innen – Vorträge, Texte und Leseempfehlungen zusammengestellt, die versuchen, den beschriebenen Narrativen und Entwicklungen entgegenzuwirken: die Freund-Feind-Dichotomie zu hinterfragen, Wissen und das Meinungsspektrum zu erweitern, kritischen Nachfragen und der Erörterung von Alternativen zur Kriegslogik Raum zu geben.

Denn Artikel 26 der Menschenrechte ist mit dem Krieg in der Ukraine nicht außer Kraft gesetzt.

„Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. ... Sie soll Verständnis, Toleranz und Freundschaft zwischen allen Völkern ... und die Tätigkeit der Vereinten Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens begünstigen.“

Jürgen Münch

**Der attac -Arbeitskreis Bildung und Erziehung AK:BE** ist einer der lokalen Arbeitsgruppen von **attac Köln**. Wir treffen uns am 2. und 4. Mittwoch im Monat um 20 Uhr in Raum 5 im Steigeturm der Alten Feuerwache Köln, Melchiorstraße 3. Wer an einer Mitarbeit im AK:BE interessiert ist, ist uns herzlich willkommen!

Eine Übersicht zu Projekten und Veranstaltungen siehe unter [http://attac-bildung-erziehung.de/?page\\_id=13](http://attac-bildung-erziehung.de/?page_id=13)

Mehr unter <http://attac-bildung-erziehung.de/> oder <https://www.attac-koeln.de/bildung-und-erziehung/>

Kontakt:

Dr. Jürgen Münch - [jmuenchkoeln@t-online.de](mailto:jmuenchkoeln@t-online.de)  
Oswald Pannes - [OswaldPannes@gmx.de](mailto:OswaldPannes@gmx.de)

# Inhalt

## Editorial: Denk- und Sprachräume freihalten

### 1 Eskalation und De-Eskalation

Seite 4

- 1.1 DISS. ... für eine andere Zeitenwende
- 1.2 Wolfgang Kastrup. Die Ukraine als Schlachtfeld in einem Weltordnungskrieg
  - Übersicht: Nato-Osterweiterung seit 1999
- 1.3 David Teutrie. Eskalation mit Ansage: Der Ukraine-Konflikt
- 1.4 Andreas Zumach. Putins Krieg, Russlands Krise
- 1.5 Peter Wahl. Verhandlungen statt Siegfrieden. Über (Doppel-)Moral in der Ukrainekrise

### 2 Sanktionen um jeden Preis?

Seite 8

- 2.1 Mathias Reymond und Pierre Rimbart. Energiekrieg - Die Sieger stehen schon fest
- 2.2 Wolfgang Lieb. Sieg im „Wirtschaftskrieg“? Sinn und Zweck, Schaden und Nutzen von Sanktionen gegen Russland – eine vergiftete Diskussion

### 3 Medien und Militarisierung

Seite 18

- Übersicht: Das Morelli-Modell der Kriegspropaganda
- 3.1 Clemens Knobloch. Einige rhetorische Ressourcen des Nato-Kriegsdiskurses. Notizen zur Berichterstattung über den Russischen Krieg in der Ukraine in den deutschen Medien
- 3.2 ZDF ‚Die Anstalt‘. Atlantikbrücke und Manipulation der Presse (Video)
- 3.3 Rainer Mausfeld. Warum schweigen die Lämmer? Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements

### Teil 4 Friedenslogik statt Kriegslogik

Seite 29

- 4.1 Andreas Zumach. Der Ukrainekrieg - Eine Zeitenwende wohin? (Video)
- 4.2 NatWiss. Die Waffen nieder! Friedenslogik statt Kriegslogik

### Inhaltsverzeichnis mit Quellenangaben

Seite 32

**Dieser AK:BE Rundbrief 32** erscheint wie gewöhnlich als PDF-Version auf der Internetseite des Kölner attac AK:BE (<http://attac-bildung-erziehung.de/>) und in begrenzter Auflage als Print-Version zur Auslage bei Veranstaltungen. Beide Version dürfen gern kopiert und verbreitet werden. Wir danken den Autor\*innen und Initiativen, die einem Abdruck zugestimmt haben, insbesondere auch der natwiss.de für die Abdruckgenehmigung der Titelgrafik. Aufgrund der kurzfristigen Entstehung des Rundbriefes konnten die meisten Abdruckrechte nicht zeitgerecht eingeholt werden. So sind die Mehrzahl der Beiträge mit einer einführenden Moderation und inhaltlich zentralen Textziten vorgestellt und dann mit dem Link versehen, mit dem sie als Volltext im Netz zu finden sind.

Zum Einstieg bieten insbesondere die ersten beiden Texte einen Überblick. Doch es kann nach eigenen Interessen mit jedem Text begonnen werden, auch wenn die Texte vier thematischen Blöcken zugeordnet sind. Die Textsammlung ist eher als „Steinbruch“ eigener Leseinteressen, denn als systematische Darstellung gedacht. Angesichts der offenen, sich fast täglich ändernden Situation handelt es sich bei fast allen Texten um eine Momentaufnahme, deren Informationsstand mit dem Publikationsdatum jeweils angegeben ist. Die Quellenangaben und Querverweise in den Texten bieten die Möglichkeit, die aktuellen Fortschreibungen in den zitierten oder erwähnten Publikationen weiterzuverfolgen.

**Anmerkung der Redaktion:** Wer zunächst **alternativ zur Lektüre** einen Vortrag anhören möchte, dem sei der Videovortrag von Andreas Zumach: „Der Ukrainekrieg – Zeitenwende wohin?“ empfohlen, der uns als Einführung wie auch als Überblick außerordentlich geeignet erscheint (siehe Teil 4 des Rundbriefs: <https://www.youtube.com/watch?v=9DSDqTPERIU>)

# 1 Eskalation und De-Eskalation

## 1.1 DISS ... für eine andere Zeitenwende.

*Die Texte 1.1 „...für eine andere Zeitenwende“ und 1.2 „Die Ukraine als Schlachtfeld in einem Weltordnungskrieg“ (hier auszugsweise zitiert) versuchen „ aus friedensverpflichteter Perspektive“ eine historisch-politische Orientierung und eine geopolitische und gesellschaftspolitische Einordnung zum Krieg in der Ukraine zu geben.*

*Die Texte sind im Juli 2022 im **DISS Journal Sonderheft 5** veröffentlicht, einer gemeinsam verantworteten Publikation des **Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung** und der **Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie kultuRRvolution**.*

„Dass dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine am 24. Februar 2022 bereits seit spätestens 2014 ein beidseitiger ›schleichender‹ Eskalationsprozess vorausgegangen war, ist unbestreitbar. Genauso unbestreitbar ist, dass dieser Überfall nicht bloß klar völkerrechtswidrig war, sondern eine schlagartige Steigerung der Eskalation auf die Stufe eines großen ›konventionellen‹ Ostwestkrieges bedeutete. Der deutsche Kanzler Scholz prägte dafür den Begriff einer ›ZeitenWende‹, womit der Eintritt in einen globalen multiplen Eskalationsprozess gemeint war, der außer der direkt militärischen Ebene auch die wirtschaftliche und kulturelle (diskursive) Ebene betrifft.

Dieser Eskalationsprozess bedeutet eine schwindelerregende ›Zeitkontraktion‹, in der sich fast täglich Dinge ereignen, die niemand zuvor für möglich gehalten hätte. Dementsprechend schwierig ist es, dennoch einige orientierende Aspekte aus friedensverpflichteter Perspektive zu formulieren ...

.. Mit dieser Kriegspolitik verbindet sich dabei auch eine tiefgreifende Neubestimmung gesellschaftlicher Normalitätsvorstellungen – nicht nur im Feld der Geo-Strategien. So erklärte NATO-Generalsekretär Stoltenberg : »Die jetzige Situation ist das New Normal«. ... Diese Art der politischen Transformation ist dabei nicht weniger strategisch; lassen sich darüber doch verkrustete Gewissheiten und hinderliche (friedens- oder sozialpolitische) Errungenschaften über Bord werfen und eine militaristische Freund-Feind Dichotomie verankern, in der alles was dem Feind mehr schadet als dem Freund oder der Eigengruppe per se als politisch legitim gilt. Die Zeitenwende einer langfristigen Militarisierung ist eingeläutet. ...“ (S.5)

„ ... Der Diskurs um Russlands Krieg gegen die Ukraine ist stark binär strukturiert. Auf der einen Seite steht Russland als Aggressor; auf der anderen Seite steht die Ukraine und mittlerweile auch ihre westlichen Verbündeten als Opfer. Die neue Lage erlaubt es dem Westen, zugleich auf der moralisch unbedingt guten Seite des angegriffenen Opfers zu stehen und damit selbst Aufrüstung, Eskalation und Kriegshetze aus einer unhinterfragt als legitim geltenden Verteidigungsposition zu betreiben. Wer sich in dieser unterkomplexen Bipolarität nicht als unbedingter ›militärischer Aufrüster‹ sondern vielmehr zweifelnd positioniert und nach nicht-militärischen Lösungen oder wenigstens Verhandlungsoptionen sucht, gilt als sogenannter ›Putin-Versteher‹. Der binäre Reduktionismus im Diskurs beruht auf einem altbekannten Netz aus binär gewerteten Kollektivsymbolen, aus denen sich Feind- und Freundbilder generieren, die zur negativen oder positiven Identifikation aufrufen . Wer den eng abgesteckten Meinungskorridor der zum Krieg möglichen Äußerungen verlässt, erntet Spott und Hass. Differenzierte Positionen, auf die jeder Prozess der Deeskalation angewiesen wäre, werden dadurch verunmöglicht. Solange der binäre Reduktionismus den Diskurs beherrscht, spricht der kriegerische Anti-Diskurs der Waffen ...“

• Link zur Originalversion: <http://www.diss-duisburg.de/2022/07/diss-journal-sonderheft-5/>

## 1.2 Wolfgang Kastrup. Die Ukraine als Schlachtfeld in einem Weltordnungskrieg

*Der nachfolgende Text(ausschnitt) von Wolfgang Kastrup skizziert und analysiert die jeweiligen Begründungen der Kriegsparteien im Kontext ihrer geopolitischen Interessen. U.a. wird eine neue Quelle zur umstrittenen Frage der Ost-Erweiterung der Nato zitiert.*

„ ... Die weitreichenden Wirtschaftssanktionen des Westens gegenüber Russland, mit dem Ziel die russische Ökonomie vom Weltmarkt auszuschließen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 28.06.2022), sind Teil des Weltordnungskrieges, der von beiden Seiten geführt wird, sowohl von Russland mit seinem imperialen Anspruch gegenüber der Ukraine als auch von der NATO und der EU mit dem Ziel, Russland als strategische Macht auszuschalten. Die geopolitische Lage Russlands ist durch den kommenden Beitritt von Schweden und Finnland in die NATO schon jetzt schlechter als vor dem Einmarsch in die Ukraine. Die massive Aufrüstung der NATO-Staaten (u.a. in Deutschland mit 100 Milliarden) und die Stationierung von immer mehr NATO-Verbänden in den osteuropäischen Ländern sind Konsequenzen des Überfalls Russlands auf die Ukraine. ... “

„ ... Russland sieht sich durch die Osterweiterung des westlichen Militärbündnisses ohnehin getäuscht, da es Zusagen der USA gegenüber der damaligen sowjetischen Staatsführung nach 1990 gegeben habe, keine Ausdehnung der NATO nach Osten zu vollziehen. Ob es solche Zusagen in schriftlicher oder in mündlicher Form gegeben hat, ist schon Gegenstand häufiger Kontroversen gewesen. Allerdings belegt ein erst jetzt gefundenes als geheim eingestuftes Dokument aus dem britischen Nationalarchiv die Sichtweise Russlands. (<https://www.welt.de/politik/ausland/article236986765/NatoOsterweiterung-Archivfund-bestaetigt-Sicht-der-Russen.html>) Berichtet haben darüber sowohl Die Welt v. 18.02.2022 als auch Der Spiegel, ebenfalls v. 18.02.2022. ... “ Es geht in diesem Schriftstück um ein Treffen der Politischen Direktoren der Außenministerien der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands am 6. März 1991 in Bonn. Thema war die Sicherheit Polens und anderer osteuropäischer Staaten. Bonns Vertreter Jürgen Chrobog erklärte laut Vermerk: »Wir haben in den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen deutlich gemacht, dass wir die Nato nicht über die Elbe hinaus ausdehnen. Wir können daher Polen und den anderen keine Nato-Mitgliedschaft anbieten.« Der US-Vertreter Raymond Seitz führte aus: »Wir haben gegenüber der Sowjetunion klargemacht– bei Zwei-plus-Vier- wie auch anderen Gesprächen – dass wir keinen Vorteil aus dem Rückzug sowjetischer Truppen aus Osteuropa ziehen werden.« ...

**Wolfgang Kastrup** ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals

• Link zur Originalversion: <http://www.diss-duisburg.de/2022/07/diss-journal-sonderheft-5/>

## 1.3 David Teutrie Eskalation mit Ansage: Der Ukraine-Konflikt

*Der Artikel „Eskalation mit Ansage“ aus der deutschsprachigen Ausgabe von „Le monde diplomatique“ datiert auf den 11. Februar 2022, zwei Wochen vor Beginn des Krieges in der Ukraine und beleuchtet die Vorgeschichte des Krieges wie auch die beiderseitigen geostrategischen und ökonomischen Interessen der Konfliktparteien. U.a. wird auch hier Bezug genommen auf die Nato-Osterweiterung als ein Schlüsselmoment der bisherigen und zukünftigen Entwicklungen.*

„Die aktuellen Spannungen haben eine lange Vorgeschichte, die mit dem Ende des Kalten Kriegs begann und sich mit der Osterweiterung der Nato fortsetzte. Die EU hat bei dieser Entwicklung zu keinem eigenen gemeinsamen Standpunkt gefunden, sondern sich für US-amerikanische Interessen einspannen lassen. ...“

„ ... Das Missverständnis reicht zurück bis zum Zusammenbruch des Ostblocks 1991. Es wäre nur logisch gewesen, wenn das Verschwinden des Warschauer Pakts zur Auflösung der Nato geführt hätte, die ja in Reaktion auf die „sowjetische Bedrohung“ gegründet worden war. Den ehemaligen Ostblockstaaten, die sich dem Westen annähern wollten, hätte man auch alternative Formate zur Integration anbieten können.

Der Moment war günstig, weil die russische Elite die Liquidierung ihres Reichs ohne jede Gegenwehr hingenommen hatte und so prowestlich eingestellt war wie noch nie. 2 Es fehlte auch nicht an anderen Vorschlägen, etwa vonseiten Frankreichs, die aber unter dem Druck aus Washington aufgegeben wurden. Die USA wollten sich ihren „Sieg“ nicht nehmen lassen und forcierten die Osterweiterung der euro-atlantischen Strukturen, um ihre Dominanz in Europa zu festigen. Dabei hatten sie einen gewichtigen Verbündeten in Deutschland, das auf seinen Einfluss in Mitteleuropa aus war.

Ab 1997 wurde die Nato-Osterweiterung umgesetzt, obwohl der Westen Gorbatschow 1990 versprochen hatte, dazu werde es nicht kommen. In den USA gab es kritische Stimmen von prominenter Seite. Der Historiker George Kennan, der als Architekt der Eindämmungspolitik gegenüber der UdSSR galt, sagte die ebenso logischen wie schädlichen Konsequenzen dieser Entscheidung voraus: „Die Nato-Erweiterung wäre der folgenschwerste Fehler der amerikanischen Politik seit dem Ende des Kalten Krieges. Es ist damit zu rechnen, dass diese Entscheidung nationalistische, antiwestliche und militaristische Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit schürt, einen neuen Kalten Krieg in den Ost-West-Beziehungen auslöst und die russische Außenpolitik in eine Richtung drängt, die überhaupt nicht unseren Wünschen entspricht.“...

**David Teurtrie** ist Osteuropaexperte am Institut national des langues et des civilisations orientales (Inalco) und Autor von „Russie. Le retour de la puissance“, Paris (Armand Colin) 2021. Übersetzung aus dem Französischen: Claudia Steinitz

- Link zur Originalversion:  
<https://oio.ch/docs/Ukraine-Krise%20-%20Eskalation%20mit%20Ansage>

## Übersicht: NATO-Osterweiterung seit 1999

**1999** traten **Polen, Tschechien** und **Ungarn** als erste osteuropäische Staaten dem westlichen Verteidigungsbündnis bei.

**2002** folgten **Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien**.

**2009** nahm die Nato **Albanien** und **Kroatien** auf, **2017 Montenegro**. Als 30. Mitgliedsland folgte **2020 Nordmazedonien**.

Als weiterer Beitrittskandidat gilt **Bosnien und Herzegowina**. Der **Ukraine** und **Georgien** wurde auf dem Nato-Gipfel **2008** eine Mitgliedschaft in der Zukunft angeboten; der förmliche Aufnahmeprozess hat noch nicht begonnen.

**2022** haben **Finnland** und **Schweden** den Beitritt beantragt. Die Entscheidung wird derzeit noch von der Türkei blockiert.

Quelle: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-konflikt-chronologie-100.html>

## 1.4 Andreas Zumach. Putins Krieg, Russlands Krise

*Dieser Artikel aus der deutschsprachigen Ausgabe von „Le monde diplomatique“ vom 10. März 2022, erschien einen Monat nach Beginn des Krieges. Auch in diesem Artikel wird die Vorgeschichte und die Situation unmittelbar vor Kriegsbeginn aufgezeigt und diskutiert. Ein Schwerpunkt ist dabei die russische Argumentation zur Legitimierung des Krieges sowie die Folgen des Krieges für Russland.*

„Über Opfer und Täter gibt es keine Zweifel. Im Fall des russischen Angriffskrieges gegen die souveräne Ukraine ist das Völkerrecht eindeutig. Ob Putin vor einem internationalen Straftribunal landen wird, weiß man nicht. Aber politisch wird er seinen Pyrrhus-Krieg mit großrussischen Zielen kaum überleben können“. ...

**Andreas Zumach** ist Journalist und Publizist. Von 1988 bis 2020 war er Schweiz- und UN-Korrespondent für taz mit Sitz am europäischen Hauptsitz der Vereinten Nationen in Genf. Er arbeitet als freier Korrespondent für deutsch- und englischsprachige Print- und Rundfunkmedien.

• Link zur Originalversion: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5830499>

## 1.5 Peter Wahl. Verhandlungen statt Siegfrieden. (Doppel-)Moral in der Ukraine Krise

*In einem Aufsatz, der in der Zeitschrift LUXEMBURG – Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, September 2022 veröffentlicht ist, erörtert Peter Wahl u.a. die Frage, wie realistisch die Forderungen nach Verhandlungen sind und was Gegenstand solcher Gespräche sein könnte.*

„Nach mehr als sechs Monaten Ukraine-Krieg mehren sich zwar die Stimmen für Verhandlungen. Doch bei den machtpolitisch wichtigsten Akteuren scheinen die Zeichen auf Fortsetzung auf ungewisse Zeit zu stehen. Washington und sein europäisches Gefolge steigern erneut die Waffenlieferungen an Kiew, der Wirtschaftskrieg nimmt immer drastischere Formen an und in den großen Medien gelten Verhandlungsangebote nicht nur als unrealistisch, sondern sogar als unmoralisch.

Wenn sie überhaupt einmal in Tagesschau oder FAZ und TAZ vorkommen, werden sie als Lumpenpazifismus beleidigt und mit Nazi-Vergleichen eingedeckt. «Defätisten» wollten «einen Waffenstillstand von Putins Gnaden herbeireden,» so die FAZ am 5. September (S. 9), ein wahrer Propagandasound aus Blut und Eisen. Die moralische Diskreditierung von Kritik am offiziellen Kurs soll einschüchtern und ist nicht völlig wirkungslos. Selbst bis in Teile der gesellschaftlichen Linken und der Friedensbewegung ist sie spürbar. ...

... Realismus? Aber Verhandlungen seien doch völlig unrealistisch, zumindest solange nicht eine der Kriegsparteien erschöpft sei. Dass die herrschende Propaganda ihre Interessen in ein neues TINA-Prinzip - there is no alternative to Waffenlieferungen und Sanktionen – einwickelt, ist normal. ... Richtig ist freilich, dass diejenigen, die Verhandlungen fordern, auf die militärische und ökonomische Entwicklung (noch) keinen Einfluss haben. Das heißt aber nicht, völlig machtlos zu sein. ... sicherheits- und friedenspolitischen Alternativen müssen anschaulich gemacht werden, selbst wenn sie nicht sofort realisierbar sind. Wie bei anderen Themen ist das Aufzeigen von Alternativen eine Produktivkraft, die Motivation und politisches Engagement erzeugt. Es geht zunächst darum, das Meinungsmonopol des militärischen Narrativs zu brechen ..."

**Peter Wahl** ist Mitbegründer der NGO WEED - Weltwirtschaft & Entwicklung, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac und seit 2013 ehrenamtlich im Vorstand von WEED tätig.

• Link zur Originalversion:

<https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/verhandlungen-statt-siegfrieden/>

## 2 Sanktionen um jeden Preis?

### 2.1 Matthias Reymond und Pierre Rimbart. Energiekrieg. Die Sieger stehen schon fest

*Dieser Artikel ist in der deutschsprachigen Ausgabe der **Le Monde diplomatique** vom **9. Juni 2022** erschienen.*

„Mit tiefer Verbeugung und verlegenem Lächeln bezeugte der deutsche Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck dem katarischen Scheich Tamim bin Hamad al-Thani am 20. März 2022 seinen Respekt. Es war kein guter Tag für den ökologischen Umbau und die „Diplomatie der Werte“, die dem prominenten Grünen so am Herzen liegen.

Habecks Einknicken vor dem Emir von Katar und tags darauf sein Kotau vor dessen Amtskollegen in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) dienten dem Zweck, klimapolitisch nicht ganz so korrekte Energie einzukaufen: Flüssigerdgas (LNG) als Ersatz für das russische Gas, das bis dato die deutsche Wirtschaft am Laufen gehalten hat. Die Fotos von dieser Visite stehen sinnbildlich für das, was der russische Krieg in der Ukraine und die westlichen Sanktionen gegen Moskau in Europa angerichtet haben. Binnen weniger Wochen hat die Frage der Energiesicherheit die Klimafrage eingeholt und verdrängt.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts ist die Versorgung mit fossilen Ressourcen für Staaten und Imperien eine so wichtige Frage, dass sie stets bereit waren, ihre Energiesicherheit mit allen Mitteln zu gewährleisten: Sie haben Menschen ausgebeutet, Landschaften umgestaltet, andere Kontinente kolonisiert, Verbündete zu Vasallen gemacht und Regionen besiedelt oder entvölkert.

... Das digitale Zeitalter, das seine energieintensive Infrastruktur hinter kleinen Displays verbirgt, und der mühsam vorangehende Umstieg auf erneuerbare Ressourcen haben eine offenkundige Tatsache aus dem Blickfeld gerückt, die Generationen westlicher Staats- und Regierungschefs Kopfschmerzen bereitet hat: Die Souveränität und Macht der Staaten hängt vom Zugang zu Energiequellen ab.

Drei Monate nach dem Beginn der russischen Invasion tobt jenseits der Ukraine eine Schlacht um die Energie, bei der bereits absehbar ist, wer zu den Verlierern und wer zu den Nutznießern zählt. Europa und vor allem Deutschland gehören ohne Zweifel zur ersten Gruppe. ...“

**Mathias Reymond** ist Wirtschaftswissenschaftler.  
**Pierre Rimbart** ist Redakteur bei LMd, Paris.  
Übersetzung aus dem Französischen: Andreas Bredenfeld

• Link zur Originalversion: <https://monde-diplomatique.de/artikel/15844528>

### 2.2 Wolfgang Lieb. Sieg im „Wirtschaftskrieg“? Sinn und Zweck, Schaden und Nutzen von Sanktionen gegen Russland – eine vergiftete Diskussion

*Mit dieser Fragestellung setzte sich Wolfgang Lieb in einem **Vortrag am 19. Oktober 2022** auseinander. Zu der Veranstaltung eingeladen hatte der **Kölner Rosa-Luxemburg-Gesprächskreis Sülz-Klettenberg** (Link zum Veranstaltungshinweis: [https://www.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/UDCDF](https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/UDCDF)). Wir danken dem Autor, dass er sein Manuskript zur Veröffentlichung an dieser Stelle zur Verfügung gestellt hat.*

„Ich muss und will Euch gleich zu Beginn enttäuschen! Bitte erwartet von mir kein Referat mit fertigen Antworten zum politischen Umgang mit dem Krieg in der Ukraine. ... Mir geht es vor allem darum, Fragen zu den Sanktionen überhaupt erst einmal zu formulieren und es wäre viel gewonnen, wenn solche Fragen wieder in der Öffentlichkeit diskutierbar würden.



Wir alle erleben es täglich: Emotionalisierung und moralisch überhöhte Vorwürfe beherrschen den öffentlichen Diskurs über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Wenn wir abends die Tagesschau oder die heute-Nachrichten einschalten, sehen wir minutenlang Bilder von zerbombten Häusern, Tote und Interviews mit verletzten Menschen. Natürlich ist das alles schrecklich. Krieg ist furchtbar! Und zwar jeder Krieg! Krieg bringt Zerstörung und unendliches menschliches Leid. Im Krieg geschehen Verbrechen und es gibt Grausamkeit auf allen Seiten. Aber müssten nicht gerade deshalb alle Anstrengungen und alle Überlegungen darauf gerichtet sein, den Krieg zu beenden?

Doch das Gegenteil ist der Fall: Der Nachrichtenwert tritt hinter den schrecklichen Bildern völlig zurück und mit der so erzeugten Empathie der Bevölkerung gegenüber den ukrainischen Opfern entwickelt sich eine Eskalationsdynamik nach mehr schweren Waffen, nach Aufrüstung, nach noch mehr Geld für die Rüstung. Hinzu kommt neuerdings auch noch die Schulung von tausenden ukrainischen Soldaten in Deutschland und anderen europäischen Ländern.

Zurecht schreibt Heribert Prantl von der Süddeutschen Zeitung: „Es ist fatal und unendlich töricht, dass hierzulande schon die Wörter "Waffenstillstand", "Friedensappell" und "Frieden" als anrühlich gelten, wenn sie im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine gebraucht werden. Es ist fatal, wenn das Werben für eine diplomatische Offensive fast schon als Beihilfe zum Verbrechen bewertet wird.“ Mahnende oder auch nur nachdenkliche Stimmen werden moralisierend abgewehrt und Menschen, die diplomatische Lösungen anmahnen, werden als „Putin-Versteher“, als Abweichler in die rechte Ecke gestellt. Pazifisten werden als Putins „Fünfte Kolonne“, also als willige Helfer Russlands verunglimpft.

Dabei wird der rechten Propaganda gerade durch eine mit Denktabus eingeschränkte Debatte erst richtig Raum geboten. Diese Verengung des geduldeten Meinungsspektrums stellt nicht nur eine Denkblockade für eine Verhandlungslösung dar, sie ist sogar gefährlich für die Demokratie, die von der Vielfalt der Meinungen und Argumenten lebt und mit der laut dem jüngsten Bericht des Ostbeauftragten der Bundesregierung im Westen zunehmend weniger und im Osten gar nur noch 39 Prozent zufrieden sind. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil hat recht, wenn er sagt, dass „die Stimmung in der Bevölkerung auf einem ganz sensiblen Punkt“ angekommen sei und es ist auch nicht aus der Luft gegriffen, wenn Außenministerin Annalena Baerbock sogar vor „Volksaufständen“ warnt. Wenn die öffentliche Debatte von Moral beherrscht wird und Gefühle häufig angeheizt und instrumentalisiert werden, haben es sachliche Argumente schwer und eine nüchterne und rationale Debatte wird blockiert. Oder wie der verstorbene Satiriker Wiglaf Droste sang: „Ist das Hirn zu kurz gekommen, wird sehr gern Moral genommen“.

#### **Noch eine Vorbemerkung:**

Ich will mich heute Abend nicht mit militärischen Fragen, also mit Waffenlieferungen oder mit der Frage des Überschreitens einer Grenze zur Kriegsteilnahme auseinandersetzen. Anders als die selbst ernannten Militärexperten Anton Hofreiter oder Marie-Agnes Strack-Zimmermann bin ich zu wenig Fachmann und dafür wäre eine gesonderte Diskussion notwendig. Ich will mit Euch heute Abend eine Diskussion über die Sanktionspolitik des „Westens“ anregen.

Acht Monate nach dem Einmarsch des russischen Militärs, ist es höchste Zeit eine nüchterne Bilanz über diese Sanktionspolitik zu ziehen, denn nicht nur der Krieg in der Ukraine scheint in einem Stellungs- und Zermürbungskrieg, der täglich zahllose Opfer kostet und schreckliches Leid verursacht, festzustecken, sondern auch an der politisch-diplomatischen Front gibt es kaum Bewegung. Statt eines „heißen“ Krieges führt der Westen derzeit einen „Wirtschaftskrieg“ gegen Russland. In der Ankündigung für heute Abend steht „Wirtschaftskrieg“ ganz bewusst in Einführungszeichen, obwohl dieser Begriff vielfach – etwa auch von Wolfgang Schäuble benutzt wird, halte ich es mit Gregor Gysi, der diesen Ausdruck für unangemessen hält, weil man einen militärischen Krieg nicht mit Wirtschaftssanktionen gleichsetzen sollte. Ich plädiere für eine sachliche und differenzierte Debatte über die Sanktionen. Es sind doch ganz banale Fragen und das Ringen um Antworten wäre so wichtig für den äußeren, aber auch den inneren Frieden.

Ein paar dieser offen zutage liegenden Fragen will ich anreißen und zur Diskussion stellen:

- Sind Sanktionen nicht auch Vertragsbrüche?
- Sind die Sanktionen eigentlich völkerrechtskonform?
- Wird bei der Sanktionspolitik nicht mit zweierlei moralischen Maßstäben gemessen?
- Können die Sanktionen dazu beitragen, den Krieg zu beenden und weiteres menschliches Leid und materielle Zerstörung in der Ukraine zu verhindern?
- Ist der sog. „Wirtschaftskrieg“ zu gewinnen?
- Wie wahrscheinlich ist ein „Sieg“ der Ukraine?
- Kann Europa, kann vor allem kann Deutschland die Sanktionen durchhalten?
- Wird mit den Sanktionen eine geopolitische oder eine friedenspolitische Strategie verfolgt?
- Welche Fragen stellen sich aus einer friedenspolitischen Perspektive?

#### **Zur ersten Frage: Sind Sanktionen nicht auch Vertragsbrüche?**

Wir müssen „Doppelstandards vermeiden“, schrieb Bundeskanzler Scholz zurecht im Juli in einem Namensbeitrag für die FAZ. Wer sich über Vertragsbrüche Putins bei der Lieferung von Gas echauffert, darf nicht einäugig unterschlagen, dass durch die inzwischen acht Sanktionspakete mit nahezu 12.000 Einzelsanktionen, die die USA, die EU und insgesamt weitere etwa 40 Staaten des Westens verhängt haben, gleichfalls eine Vielzahl von Verträgen mit Russland gebrochen wurden.

Wenn etwa vom CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz oder von der EU-Kommission schon vor Monaten ein sofortiger Stopp der Gasimporte aus Russland gefordert wurde oder wenn von der Bundesregierung ein Embargo für Kohle und Öl ausgesprochen wird, ist es da nicht widersprüchlich gleichzeitig zu erwarten, dass Putin das einfach so hinnimmt und nicht seinerseits bestehende Verträge aufkündigt? War dieser Boomerang-Effekt eines Lieferstopps eigentlich nicht zu erwarten? Der frühere Pentagon-Berater Robert English merkt dazu sarkastisch an: „Hebe niemals eine Handgrabe auf und fuchtle nie mit ihr in Richtung Deines Gegners, bevor Du nicht in der Lage bist, sie zu verwenden — sie mag sonst losgehen in Deiner eigenen Hand.“

#### **„Sind die Sanktionen eigentlich völkerrechtskonform?“**

Obwohl die westlichen Sanktionen nicht nach Art. 39ff. der UN-Charta vom Sicherheitsrat beschlossen wurden, wurde die Frage, ob diese völkerrechtskonform sind, allenfalls in kleinsten Fachzirkeln diskutiert. Viele Staaten halten solche einseitigen Sanktionen für völkerrechtswidrig. Juristisch ist die Frage umstritten. So werden einerseits die westlichen Sanktionen im Vergleich zum völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg als verhältnismäßig eingestuft, andererseits beruht das Völkerrecht im Wesentlichen auf dem Gewohnheitsrecht, das heißt, es entfaltet seine Kraft letztlich dadurch, dass die Staaten die Normen einhalten, deshalb ist es keineswegs unproblematisch, wenn auf Völkerrechtsverletzungen mit Rechtsverletzungen geantwortet wird.

#### **Wird bei der Sanktionspolitik nicht mit zweierlei moralischen Maßstäben gemessen?**

Damit die Saudis ein bisschen mehr Öl pumpen sollten, begrüßte Präsident Joe Biden den von ihm nach dem grausamen Khashoggi-Mord als „Schurken“ beschimpften arabischen Kronprinzen Mohammed bin Salman mit jovialem „Fistbump“. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron drückten dem Kronprinzen herzlich die Hand. Dabei umgeht Saudi-Arabien das westliche Ölembargo und verdoppelte im zweiten Quartal dieses Jahres den Import von russischem Öl auf 48.000 Barrels pro Tag. Im dortigen Königreich gibt es permanent Menschenrechtsverletzungen wie Massenexekutionen und Enthauptungen, Ehebrecherinnen werden gesteinigt, Homosexuelle gehängt. Ist der Krieg, den die Saudis im Jemen mit bisher fast 400.000 Toten führen, weniger grausam als Putins Krieg in der Ukraine? Die Saudis verhöhnen diesen Kotau des Westens und wollen zusammen mit den Opec-Staaten mitten in der schwersten Energiekrise 2 Millionen Barrel Rohöl pro Tag weniger auf den Markt bringen – eine Drosselung von der wiederum auch Russland als Opec-plus-Mitglied profitiert, weil durch die Verknappung der Ölpreise weiter steigen wird. Die Doppelmoral wird dadurch auf die Spitze getrieben, dass der Bundessicherheitsrat mit den Stimmen von Habeck und Baerbock nun auch noch Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien genehmigte.

Ein anderes Beispiel, wie mit zweierlei Maß gemessen wird: „Europe`s American President“-wie die US-amerikanische Tageszeitung „Politico“ EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen titulierte – handelte mit dem autokratischen Präsidenten Aliyev in Aserbaidschan eine

Absichtserklärung aus, wonach aus diesem Land innerhalb von fünf Jahren doppelt so viel Gas im Jahr geliefert werden soll wie in der Vergangenheit. Eine Vereinbarung mit einem Staat, der nach allen politischen Indizes zu den korruptesten und autoritärsten auf der Welt gehört und der 2020 gleichfalls einen äußerst brutalen Krieg tausenden Toten mit Armenien ausgefochten hat und vor ein paar Wochen erneut schwerste Angriffe auf sein Nachbarland gestartet hat. Man könnte die Beispiele doppelbödiger Politik beliebig fortsetzen, etwa den Kauf von umweltschädlichem Fracking-Gas aus den USA oder Katar, den Abschluss langfristiger Gasverträge, die eine Transformation der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien um Jahre zurückwerfen. Usw. usf.

**Die Kardinalfrage ist aber:** Können die Sanktionen dazu beitragen, den Krieg zu beenden und weiteres menschliches Leid und materielle Zerstörung zu verhindern?

In der jüngeren Geschichte haben Sanktionen jedenfalls nie einen Krieg verhindert oder beendet. Ob Sanktionen nach dem Zweiten Weltkrieg jemals zu einem Regime-Wechsel geführt haben, ist umstritten. Ob sie zum Zusammenbruch des Apartheid-Regimes in Südafrika geführt haben, wird bezweifelt. Im Irak haben die Sanktionen in der Bevölkerung eher Trotzreaktionen ausgelöst. Die seit 1979 gegen den Iran verhängten Sanktionen haben nicht zur Entmachtung des Mullah-Regimes geführt.

Die Schwächung der Wirtschaft eines gegnerischen Landes durch Sanktionen, schwächt nicht unbedingt auch das jeweilige dort herrschende Regime, das lässt sich in Syrien oder in Nordkorea beobachten.

Erwiesenermaßen, haben die schon ab dem Jahr 2014 massiven Sanktionen, die vom „Westen“ nach der Annexion der Krim durch die russische Föderation verhängt wurden, Putin nicht daran gehindert, einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine vom Zaun zu brechen. Auch die Androhung von – wie es hieß - „massiven Konsequenzen und hohen Kosten“ schon vor dem Krieg, nämlich auf dem EU-Gipfel im Dezember 2021, konnten den Einmarsch nicht aufhalten.

Mit dem inzwischen schon achten Sanktionspaket der EU wurde die simple Eskalationslogik immer nur beidseitig fortgesetzt, denn auch Russland eskalierte mit einer Teilmobilmachung oder mit Raketenbeschuss auf nicht besetzte ukrainische Gebiete und auf kritische Infrastruktur. Mehr als 1100 Orte sind derzeit ohne Strom. Ist der sog. „Wirtschaftskrieg“ zu gewinnen? Über die Auswirkungen der Sanktionen auf Russland gibt es völlig gegensätzliche Einschätzungen. Wer der Propaganda auf beiden Seiten nicht aufsitzen will, muss zwischen den Erwartungen der westlichen Seite und den tatsächlichen Wirkungen der Sanktionen auf Russland sorgfältig unterscheiden. Denn gerade im sog. „Wirtschaftskrieg“ ist Propaganda eine der wichtigsten „Waffen“.

Ich muss an dieser Stelle auf eine detaillierte Darstellung von wirtschaftlichen Auswirkungen sowohl auf Russland, als auch auf Deutschland, Europa, ja die ganze Welt verzichten. Eine solche Evaluation wäre jedoch längst fällig und die Fraktion der Linken hat vor ein paar Tagen mit einer Kleinen Anfrage eine solche „Erfolgskontrolle“ bei der Bundesregierung angemahnt. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/038/2003883.pdf>

Ich will nur einen einzigen Aspekt herausgreifen, nämlich die Wirkung des Energieembargos. Nicht nur Deutschland, sondern Europa war 2021 der wichtigste Energie-Importeur aus Russland. 49 Prozent der Erdölexporte, sogar 74 Prozent der Naturgasexporte und 32 Prozent der Kohleexporte gehen an die OECD-Länder Europas. Deutschland bezog im letzten Jahr noch 55 Prozent seines Gases aus Russland.

Das immer wieder benutzte Argument, man dürfe mit den Importen von Energie nicht „Putins Kriegskasse auffüllen“, ist höchst fraglich. Russland musste zwar aufgrund der Embargos insgesamt einen Nachfragerückgang hinnehmen, weil aber die Exportpreise auf dem Markt von Öl, Kohle und Gas im Schnitt um 60 Prozent gestiegen sind, lagen die Einnahmen unter dem Strich höher als vor dem Krieg - das errechneten mehrere westliche Marktforschungsinstitute. Signale dafür, dass Russland wirtschaftlich in die Knie gezwungen werden könnte, sind bis jetzt nicht zu erkennen. Putin erklärte jedenfalls im Juni auf dem Internationalen Wirtschaftsforum in St. Petersburg, dass der wirtschaftliche „Blitzkrieg“ gegen Russland keine Chance auf Erfolg habe, im Gegenteil verkaufte er die Sanktionen als „Chance“ für sein Land.

Manche Kritiker befürchten, dass die vom Westen verhängten Sanktionen eher zu einer Solidarisierung der Bevölkerung mit den Kriegsherren im Kreml führten und im Lande sogar eine Wagenburgmentalität verbreiteten. So meint etwa die Enkelin von Nikita Chruschtschow, Nina Chruschtschowa, die als Professorin für Internationale Politik in New York lehrt und nach eigenen Worten eine Gegnerin Putins ist: „Disney, Microsoft, McDonald’s – alle verlassen Russland. Es ist genauso, wie Putin sagt: Der Westen will uns an den Kragen. Und diese Botschaft ist jetzt viel wirkungsvoller geworden, weil die Russen es mit eigenen Augen sehen.“ Putin gehe eben nicht zu McDonald’s, er nutze auch kein Instagram.

Die Begüterteren kaufen ihre BMWs und Porsches über die Nachbarländer Belarus oder Kasachstan. Wenn man der FAZ glauben darf, dann herrschte zumindest in Moskau „unbeschwertes Sommerglück“, mit vollen Regalen mit frischem Gemüse und – wenn auch deutlich teurer – mit westlichen Produkten. Nach einer Umfrage in Moskau vom Juni dieses Jahres machen sich 58 Prozent der Befragten wegen der Sanktionen wenig (27 Prozent) oder gar keine (31 Prozent) Sorgen.

Es mag vereinzelt offenen Widerstand geben, der jedoch, wo immer die russischen Sicherheitskräfte Zugriff haben, brutal unterdrückt wird. 16.000 Menschen, die sich öffentlich gegen den Krieg eingesetzt haben, sollen inzwischen verhaftet worden sein. Es gibt zwar keine verlässlichen Stimmungsbilder, aber derzeit scheint noch immer eine Mehrheit der Russinnen und Russen vollständig oder weitgehend hinter der dort sogenannten „militärischen Spezialoperation“ zu stehen.

Ein Ergebnis, das allerdings angesichts der totalen Zensur, der Schließung von unabhängigen Zeitungen und Fernsehsender und massiver staatlicher Repressionen gegen Oppositionelle nicht erstaunt. Es handle sich dabei allerdings weniger um eine echte Unterstützung als um fehlenden Widerstand, sagt Lew Gudkow wissenschaftlicher Leiter des einzigen unabhängigen Meinungsforschungsinstituts in Russland der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Es ist jedoch auffallend, dass bislang keine einzige Großdemonstrationen für die Unterstützung der sog. „Militäroperation“ organisiert worden ist.

Inwieweit die jüngste Teilmobilmachung zu einem Stimmungswandel in Russland führt oder eher die letzten Reste des Widerstandes gegen den Krieg ins Ausland treibt, ist eine offene Frage. Das Pathos, das Putin bei der Verkündung der Mobilmachung an den Tag legte, könnte ein Indiz dafür sein, dass diese Einberufungen für das russische Machtsystem nicht ungefährlich sind – und zwar in zweierlei Hinsicht: Die Mobilmachung kann einerseits ein Hinweis darauf sein, dass sich die Hardliner für ein härteres militärisches Vorgehen durchsetzen, worauf die Beförderung des tschetschenischen „Bluthundes“ Ramsan Kadyrow und die Ernennung des „Generals Armageddon“ Sergej Surowikin zum Oberbefehlshaber der russischen Truppen hinweisen könnte. Andererseits weisen die offene mediale Kritik an der Einberufungspraxis und die vom Kreml selbst eingeräumten Fehler und die Absetzbewegungen von inzwischen rd. 700.000 wehrpflichtigen Russen in Nachbarländer darauf hin, dass die Unterstützung bei weniger ideologisch überzeugten Kriegsbefürwortern bröckelt. Immerhin sollen 30 Prozent der Russen für eine Beendigung des Krieges sein.

### **Wie wahrscheinlich ist ein „Sieg“ der Ukraine?**

Seit September hat die Ukraine eine Gegenoffensive gestartet, mehrere tausend Quadratkilometer und einige hundert Dörfer sind zurückerobert worden. Ein Großangriff auf Cherson wird erwartet. Das „Momentum“ sei auf ukrainischer Seite, die Ukraine habe das Heft des Handels in der Hand. Es ist von einem „Sieg“ der Ukraine die Rede. Der Westen hat für weitere Milliarden Militärhilfe zugesagt.

Gegen solche Siegeshoffnungen steht der nüchterne Befund, dass sich die Kräfteverhältnisse zwischen Russland und der Ukraine nach wie vor drastisch unterscheiden. Die Angaben des russischen Verteidigungsministers Sergei Schoigu, wonach es in Russland 25 Millionen Reservisten gebe, mögen maßlos übertrieben sein, aber selbst wenn die russische Militärmacht geschwächt würde, so würde die Verfügung über das größte Nuklearwaffenarsenal ausreichen, um den Nachbar oder sogar die ganz Welt zu bedrohen. Nach Angaben des schwedischen Friedensforschungsinstituts SIPRI verfügt Russland über 6255 Atomwaffen, von denen fast 1600 einsatzbereit sein sollen. Nicht nur der Philosoph und Soziologe Jürgen Habermas vertritt die Meinung, dass „ein Krieg gegen eine Atommacht nicht mehr in irgendeinem vernünftigen Sinne „gewonnen“ werden kann, jedenfalls nicht mit Mitteln militärischer Gewalt“.

Der Satz John F. Kennedys als Lehre aus der Kuba-Krise ist auch nach nunmehr 60 Jahren noch richtig, nämlich (Zitat) „dass die Führer von Nuklearmächten sich nicht gegenseitig in die Lage bringen dürfen, dass es nur noch die Wahl zwischen Demütigung und Atomkrieg gibt.“ Und die atomare Gefahr ist konkret. Putin blufft nicht, sagen Angela Merkel und Joe Biden. Ein neues rotes Telefon ist nicht in Sicht. Die atomare Gefahr wird nicht von Leopard-Panzern abgewendet. Die russische Nuklearkriegsdoktrin erlaubt ja nicht nur Atomschläge mit Atomschlägen zu beantworten, sondern jeden Angriff, also auch einen Angriff mit konventionellen Waffen, der Russlands Überleben gefährdet. Bedrohlich sind auch die Planspiele der geheim tagenden Nuklearen Planungsgruppe der NATO am letzten Donnerstag in Brüssel darüber, wie die nukleare Abschreckung der Nato angesichts der aktuellen russischen Drohungen maximiert werden könne. Selbst US-Präsident Biden warnt: „Zum ersten Mal seit der Kuba-Krise haben wir es mit einer direkten Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen zu tun“ und malt ein „Armageddon“ an die Wand.

Es ist beängstigend, dass der Westen, die EU oder auch die Bundesregierung schweigen, wenn Präsident Selenskij provozierend von der NATO verlangt: „die Möglichkeit eines Atomwaffeneinsatzes durch Russland auszuschließen“ und wichtig sei: „dass es Präventivschläge sind, damit sie (nämlich die Russen) wissen, was ihnen blüht, wenn sie sie anwenden“. Es dürfe nicht umgekehrt sein: „Auf Schläge von Russland warten, um dann zu sagen: ›Ach du kommst mir so, dann bekommst du jetzt von uns‹.“ Diese Zuspitzung auf einen möglichen Atomkrieg erforderte statt betretenem Stillschweigen ähnlich entschlossene Deeskalationsmaßnahmen wie während der Kuba-Krise. Aus der von Scholz angekündigten „Zeitenwende“ darf nicht – wie Heribert Prantl das formuliert hat - ein „Zeitenende“ für Europa werden. Aber nicht nur Atomwaffen sind eine große Gefahr für eine nukleare Katastrophe, sondern auch die Kämpfe im Umkreis um die ukrainischen Kernkraftwerke.

#### **Kann Europa und kann vor allem Deutschland die Sanktionen durchhalten?**

Die Sanktionen tangieren die USA wirtschaftlich nur wenig. Doch Europa und zuvorderst Deutschland müssen die Sanktionen durchhalten können. Die Sanktionen gegen Russland führten zu einer regelrechten Preisexplosion: Seit August 2021 ist der Gaspreis für Verbraucher um etwa das Dreieinhalbfache angestiegen. Nach der jüngsten Umfrage von infratest dimap machen sich 61 Prozent der Befragten Sorge, dass sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können.

Die EU-Kommission schätzt, dass bis 2027 Investitionen von 210 Milliarden Euro notwendig seien, um den Import russischer Energie auslaufen zu lassen. Die Bundesregierung hat inzwischen drei sog. „Entlastungspakte“ mit einem Volumen von 95 Milliarden Euro beschlossen. Für den sog. „Abwehrschirm“ plant der Bund in den nächsten Jahren weitere 200 Milliarden Euro ein und seit Olaf Scholz die „Zeitenwende“ ausgerufen hat, ist ein Sondervermögen von 100 Milliarden für die Rüstung vorgesehen. Nimmt man die Hilfen für Geflüchtete, für Subventionen beim Sprit und beim ÖPNV u.v.a.m. dazu, dann werden - verursacht durch den Krieg in der Ukraine - bei Bund, Land und Kommunen Mittel im Umfang von weit über einer halben Billion Euro gebunden, die für andere produktive Zwecke wie den Erhalt der Infrastruktur, für Bildung allgemein, für die Transformation in eine klimaneutrale Gesellschaft oder auch für die globale Hunger- und Armutskrise eingesetzt werden könnten.

Diejenigen Staaten in der Europäischen Union und die politischen Kräfte, die in Deutschland zur Überwindung eines Gasnotstandes auf die Kernenergie setzen, sollten wissen, dass sie bei den Kernkraftwerken gleichfalls von Russland abhängig sind, wie bei Kohle und Gas. Die EU bezieht rund 40 Prozent ihres Kernbrennstoffs von Russland und dem eng mit im verbündeten Kasachstan.

In der Eurozone liegt die Inflationsrate zwischen über 20 Prozent in den baltischen Staaten und bei über 9 Prozent im Durchschnitt der Eurozone. In Deutschland in diesem Jahr um 10 Prozent und im kommenden Jahr nicht viel niedriger. Neuerdings geht auch die Bundesregierung im kommenden Jahr von einer Rezession aus. In der Wachstumsprognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist Deutschland mit einem Minus von 0,3 Prozent das Schlusslicht unter den Industrienationen. Ich will auf die Euch sicherlich bekannten wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen, in Form der Inflation, der Explosion der Erzeugerpreise, in Form einer Rezession und der Gefahr einer Deindustrialisierung nicht weiter eingehen. Nur so viel: Wie sollte die exportabhängige deutsche Wirtschaft auch wettbewerbsfähig bleiben, wenn die Firmen hierzulande gegenüber den USA einen um den Faktor acht bis neun höheren Gaspreis bezahlen müssen?

Wegen des Einkaufs von Energie aus anderen Quellen als den bisherigen verliere die deutsche Volkswirtschaft in diesem Jahr knapp 60 Milliarden Euro, sagte Habeck am vergangenen Donnerstag beim Klimakongress des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) in Berlin. Im kommenden Jahr könnten es knapp 100 Milliarden Euro Verlust werden. Kostete die Kilowattstunde 2018 noch 5,93 ct/kWh, so liegt der Durchschnittspreis für eine Kilowatt-stunde hierzulande inzwischen bei 21,45 ct/kWh. Zahlte eine Familie mit einem Verbrauch von 20.000 kWh vor einem Jahr noch 1.258 Euro im Jahr, sind es aktuell durchschnittlich 4.350 Euro (Stand 1. September 2022). Dies entspricht einem Anstieg von ca. 246 Prozent.

Zwar hat die Bundesregierung befristet zum 31. März 2024 die Mehrwertsteuer auf Gas von 19 Prozent auf 7 Prozent gesenkt. Doch trotz der zahlreichen Hilfen dürften die Entlastungen auf die persönliche finanzielle Situation nur unvollständig, wenn überhaupt wahrgenommen werden, denn unter dem Strich müssen künftig alle mehr für Heizung, Strom und Sprit bezahlen. Und 12 Cent/KWh des zu 80% subventionierten Gaspreises entspricht eben immer noch fast dem doppelten des Preises in der Vergangenheit. Und statt 6 Abschlagszahlungen von Oktober 2022 bis März 2023 gibt es eben nur eine. Die Gaspreisbremse tritt erst in Kraft, wenn es wieder wärmer wird.

Die Zahl der Insolvenzen hat im September gegenüber dem Vorjahr um 34 Prozent zugenommen mit weiter steigender Tendenz. Bloomberg sagt für Deutschland wegen der hohen Energiepreise einen Fabriken-Exodus voraus. Das Handelsblatt befürchtet, dass in Schlüsselindustrien Betriebe reihenweise schließen werden und Konzerne mutmaßen über eine „Deindustrialisierung“. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte waren im August 2022 um 45,8 % höher als im August 2021. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, war dies der höchste Anstieg gegenüber dem Vorjahresmonat seit Beginn der Erhebung im Jahr 1949. Der allgemeine Lebensmittelpreisindex liegt um 58,5 Prozent höher als vor Kriegsbeginn. Es gibt auch zahllose mittelbare Schäden, die gar nicht in einen Zusammenhang mit den Kriegsfolgen gestellt werden: Wegen der hohen Energiekosten gibt es Knappheiten und Lieferengpässe bei Düngemitteln und verschiedensten Chemikalien, bis hin dass Fällmittel in den Kläranlagen knapp werden und Phosphate in hoher Konzentration in Flüsse gelangen.

Angesichts der dramatischen Auswirkungen auf den Wohlstand und die Wirtschaft in Deutschland, Europa, ja im Hinblick auf die Ernährungskrise auf große Teile der Welt, mehren sich die Stimmen, die eine ehrliche Bestandsaufnahme der Wirkung der Sanktionen gegen Russland fordern. Auch Kanzler Olaf Scholz hat mehrfach als einen seiner „vier klaren Grundsätze für die Politik“ im Ukraine-Krieg genannt: „Wir unternehmen nichts, was uns und unseren Partnern mehr schadet als Russland“. Aber wo findet eine Debatte über Nutzen und Schaden der Sanktionen statt?

Es mag schwierig sein den Nutzen und den Schaden gegeneinander abzuwägen, weil der Nutzen der Sanktionen vor allem politischer Natur – also etwa die Eindämmung der russischen Expansion -, während die Kosten überwiegend ökonomischer Natur sind. Eine sachliche Debatte über das sicherlich ähochkomplexe Kosten-Nutzen-Kalkül der Wirkung der Sanktionen ist vor allem auch deshalb geboten, um die Opfer, die bei uns von den Bürgerinnen und Bürgern abverlangt werden, politisch rechtfertigen zu können.

Allein die Schuld auf Putin zu schieben, wird auf Dauer nicht ausreichen. Ohne eine sachliche Abwägung der ambivalenten Wirkungen der Sanktionen, dürfte die Emotionalisierung und Vergiftung des öffentlichen Diskurses weiter zunehmen und das Freund-Feind-Denken könnte eine gefährliche Eskalation auslösen. Nicht ohne Grund spricht Bundeskanzler Olaf Scholz vom „sozialen Sprengstoff“. Von einem „heißen Herbst“ und von einem „Wutwinter“ ist die Rede.

Dass am Sonntag vor einer Woche 10.000 AfD-Anhänger durch Berlin marschiert sind, ist schlimm, noch schlimmer ist aber, dass gerade mal 14 Hundert Gegendemonstranten auf der Straße waren. Nicht zuletzt bei der Landtagswahl in Niedersachsen hat die AfD mit der schlichten Forderung nach einem Ende der Sanktionspolitik ihre Stimmenanteile nahezu verdoppelt. Und wer die hilflosen Reaktionen der Journalisten auf die Statements des AfD-Vorsitzenden Chrupalla gehört hat, dem wurde deutlich wie wichtig eine sachlich fundierte Gegenargumentation wäre. Die Linke ist dagegen aus den Parlamenten im Westen geflogen und bei einer Wahlwiederholung in Berlin könnte die Partei bei einem Verlust eines Direktmandates sogar auch noch aus dem Bundestag ausscheiden. Der Sieg der

Neofaschisten in Italien ist ein Wetterleuchten am Horizont. Wie lange bietet die Besinnung auf unsere Vergangenheit noch Schutz vor einer Entwicklung nach Rechtsaußen, wie in Polen, Ungarn, Italien, Schweden oder Frankreich?

Man machte es sich allerdings zu einfach, wenn man schlicht nur ein Ende der Sanktionen fordert. Das Kind ist schon in den Brunnen gefallen und man würde die Dynamik, die dieser Krieg ausgelöst hat, naiv und voluntaristisch unterschätzen. Selbst wenn Russland wieder bereit wäre, Gas nach Deutschland zu liefern, stellt sich die Frage, ob das durch die Zerstörung der Röhren von Nord Stream 1 und 2 physisch überhaupt noch möglich wäre. Ob die zerstörten drei Röhren reparabel sind oder ob über die intakte der beiden Röhren von Nord Stream 2 von Russland Gas exportiert würde, ist eine offene Frage. Schon der Lieferstopp über Nord Stream 1 war ja höchst dubios begründet. Über die beiden Pipelines Yamal und UGTS könnte zwar viel mehr Gas geliefert werden, aber es ist nicht zu erwarten, dass Polen und die Ukraine da zustimmen. Bis die Türkei der von Putin vorgeschlagene Umschlagplatz für russisches Gas nach Europa werden könnte, wird es noch lange Zeit dauern.

Wichtig für die Entwicklung einer Strategie zur Beendigung des Krieges wäre es zunächst einmal zwischen einer geopolitischen Zielsetzung und einer friedenspolitischen Strategie zu unterscheiden, wie es der Friedensforscher Joachim Becker empfiehlt. Es ist nämlich unschwer zu erkennen, dass sowohl mit den Waffenlieferungen als auch mit den Sanktionen zwei fundamental unterschiedliche Ziele verfolgt werden können.

Eine geopolitische Strategie verfolgt z.B. folgende Ziele:

- Geostrategische Sanktionen sollen – wie Außenministerin Annalena Baerbock drohte – Russland „ruinieren“, so dass (Zitat) „es volkswirtschaftlich jahrelang nicht mehr auf die Beine kommt“.
- Sie sollen – wie das etwa der amerikanische Verteidigungsminister Lloyd Austin ausplauderte - Russland derart schwächen, (Zitat) „dass es zu so etwas wie dem Einmarsch in die Ukraine nicht mehr in der Lage ist“.
- Geostrategische Überlegungen stehen auch hinter dem Ziel eines Regime-Change, also Putin aus der Macht zu drängen, weil man mit ihm nicht verhandeln könne, da dieser – wie der Gaslieferstopp beweise - sich nicht an Vereinbarungen halte. „Um Gottes willen, dieser Mann kann nicht an der Macht bleiben“, verplapperte sich US-Präsident Joe Biden im März bei einem Besuch in Polen und deutete seine Zielvorstellung eines Regime-Change an.
- Die damit verbundenen Ziele dienen der Aufrechterhaltung einer von den USA bestimmten „unipolaren Ordnung“ und der dazu notwendigen Zurückdrängung des russischen Einflusses auf die Weltpolitik sowie zur Konzentration der Kräfte des „Westens“ auf den Systemgegner China. Viele sehen darin das Hauptziel, der massiven militärischen Unterstützung der Ukraine. Die Sanktionen sind in dieser geopolitischen Strategie also in Wahrheit Bestandteil eines „Stellvertreterkrieges“, den die USA mit Russland führen.

Das mit einer solchen geopolitischen Strategie der Sanktionen verfolgte Kriegsziel ist verbunden mit einem „Sieg“ der Ukraine und der Wiederherstellung der vollen Souveränität über sämtliche Gebiete, also einschließlich der Krim und der sog. „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk, also der Wiederherstellung des Status vor dem Frühling 2014. So muss man wohl den amerikanischen Verteidigungsminister Austin und seinen Amtskollegen Außenminister Blinken verstehen. Auch der ukrainische Präsident Selenskij gab bei der zweiten Krim-Konferenz am 23. August und tags darauf am Unabhängigkeitstag der Ukraine das Ziel aus, alle besetzten Gebiete einschließlich der von Russland annektierten Halbinsel zurückholen.

Es ist wohlfeil einfach nur die Forderung nach Friedensverhandlungen aufzustellen. Da muss man sich schon ein paar Gedanken mehr machen, wie ein Waffenstillstand oder gar Friedensverhandlungen zustande kommen könnten und wie man sich vor allem auch auf westlicher Seite positioniert. Es ist offenkundig, dass die Ukraine, um in diesem Krieg bestehen zu können, die militärische und finanzielle Unterstützung des Westens bedarf. Man kann die Hilferufe, ja sogar das fordernde Auftreten von Selenskij und vieler Ukrainer in ihrer Not nachvollziehen. Die Ukraine ist schließlich überfallen worden!

Diese Betroffenheit darf und sollte aber nicht zu der mutlosen Haltung der Bundesregierung oder der Partei Die Grünen auf ihrem Parteitag vom Wochenende oder der Europäischen

Union führen, dass es allein Sache der Ukraine sei, über den Weg zu einer Waffenruhe und über mögliche künftige Friedensregelungen zu entscheiden. Im Gegensatz zur EU verlangen die USA immerhin, dass die Regierung in Kiew Rechenschaft über die Verwendung des Militärgeräts ablegt.

Solange die Bundesregierung und die EU eine solche passive Haltung beibehält, ist das größte Hindernis für eine Aufnahme von Verhandlungen jeglicher Art die Angst vor Verhandlungen selbst. Denn bei dieser Haltung müssen Politiker befürchten, dass sie als Beschwichtiger und sogar als Defätisten gelten, wenn sie am Verhandlungstisch Kompromisse statt eines militärischen Siegs fordern. Dabei muss es doch auch der Ukraine „vor allem darum gehen, den Frieden zu gewinnen und nicht den Krieg“, wie das Michael von der Schulenburg, ehemaliger stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Nationen zurecht gesagt hat. Um aus dieser politischen Lähmung herauszukommen, wäre es notwendig die Sanktionen auf eine friedenspolitische Perspektive auszurichten, sie zumindest zur Diskussion zu stellen. Denn dazu gibt es m.E. keine realistische Alternative.

Friedenspolitisch stellen sich beispielhaft etwa folgende Fragen:

- Will man Russland Sanktionserleichterungen in Aussicht stellen, wenn es sich zu einem Waffenstillstand und zu einem möglicherweise darauffolgenden Friedensvertrag bereit erklärt? Es brauchte eine klare Antwort auf die Frage, ob die Sanktionen konditioniert, ob sie in einer Wenn-Dann-Beziehung stehen.

- Sollte es ein offensives Angebot für eine schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen einen gestuften Rückzug des russischen Militärs geben? - Wer könnte ausloten, ob es stimmt, was Alt-Kanzler Schröder nach seinem Treffen mit Putin dem stern gesagt hat, dass im Kreml „eine Verhandlungslösung gewollt wird“?

- Was ist dran an dem Angebot des russischen Außenministers Sergej Lawrow, dass Putin für ein Treffen mit US-Präsident Biden beim G20- Gipfel im November in Indonesien offen sei und bereit sei, sich „jegliche Vorschläge zu Friedensgesprächen anzuhören“?

Zu einer friedenspolitischen Strategie gehörte, dass über solche Vorschläge überhaupt erst einmal nachgedacht werden kann. Das müsste noch nicht einmal in erster Linie von Seiten der Regierung passieren, denn solche Verhandlungsangebote können wohl nicht auf dem offenen Markt ausgetragen werden, sondern sie müssten - wie bei der Lösung der Kuba-Krise - über sog. Back-Channels gefunden werden.

Aber von den Parteien und vor allem in der öffentlichen Debatte müssten folgende eigentlich auf der Hand liegende Fragen diskutiert werden:

- Mal angenommen, Russland forderte als Gegenleistung für eine Waffenruhe die Aufhebung westlicher Sanktionen. Würden wir einer solcher Aufhebung zustimmen bzw. welche Sanktionen würden wir aufheben? Oder wären wir erst bei einer umfassenden Friedensregelung bereit nachzugeben?

- Mal angenommen, ein Waffenstillstand rückte in erreichbare Nähe. Wer sollte und könnte als Vermittler auftreten? Etwa Erdogan, wie beim Abkommen über die Getreidelieferungen? US-Präsident Biden? Chinas Staatschef Xi Jinping oder Indiens Premierminister Modi? Was könnten Scholz oder Macron beitragen?

- Wer sollte eine Waffenruhe überwachen?

- Warum versucht UN-Generalsekretär Guterres nicht die Kriegsparteien an einen Verhandlungstisch zu laden. Wenn dann jemand nicht erschiene, wäre wenigstens klar, wer den Krieg weiterführen will und wer nicht.

- Wäre es möglich, dass dieser Krieg „eingefroren“ werden könnte, (so Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer), wäre es etwa möglich einen ähnlichen Status zu erreichen, wie in Abchasien mit der Abspaltung von Georgien oder mit dem de facto unabhängigen Transnistrien (Moldau)?

- Würde die Ukraine - wie bei den Verhandlungen in Istanbul im März dieses Jahres angedeutet - den Status von nach 2014 akzeptieren, dass die Krimfrage und der Status der



autonomen Republiken Luhansk und Donezk im Osten offengehalten würden (also ähnlich wie das im Minsker Abkommen von 2015 vorgesehen war)?

- Was könnte Präsident Selenskij angeboten werden, um ihn wieder von seiner jüngsten Forderung abzubringen, Mitglied der NATO zu werden? Fände der Verzicht auf eine Mitgliedschaft in der NATO (wie das gleichfalls im März Selenskij, kurz nach Ausbruch des Krieges angedeutet hatte) eine verfassungsändernde Mehrheit in der Ukraine?

- Wie könnten alternativ zur NATO stabile Sicherheitsgarantien für die Ukraine aussehen und durch wen gewährleistet werden?

- Könnte man – um die Verhandlungsbereitschaft der Ukraine zu fördern – das Angebot eines multilateralen Fonds für den Wiederaufbau und für die vom Krieg zerstörten Regionen machen?

- Müsste nicht weit über die militärische Friedenssicherung in der Ukraine hinausgedacht werden und etwa die künftige Rolle Russlands bei der Bekämpfung des Klimawandels und bei der Bewältigung der sozial-ökologischen Wende, bei der Verhinderung eines weltweiten Rüstungswettlaufs bzw. bei einer weltweit kontrollierten Abrüstung oder bei einer Ächtung von Atomwaffen mit ins politische Kalkül gezogen werden? (So etwa in der Erklärung des DGB zum Antikriegstag am 1. September 2022, in diese Richtung denkt offenbar auch Rolf Mützenich, der Fraktionsvorsitzende der SPD.)

Denn dramatische Auswirkungen haben die Sanktionen gegen Russland auch auf die globale Ernährungslage und vor allem auch auf die Klimapolitik. Die großen Zukunftsaufgaben sind auf mehr Gemeinsamkeit angewiesen, auch mit Russland. Wie soll es zu einem globalen Klima- und Ressourcenschutz und zu einem schonenden Umgang mit den Naturgütern kommen, wenn das größte Land der Erde nicht beteiligt wird. Die Finanzierung militärischer Aufrüstung und der Verlust an wirtschaftlicher Leistung dürfe nicht zu Lasten der notwendigen Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau gehen, verlangt nicht nur der DGB.

Schon jetzt droht der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine zum Beschleuniger neuer globaler Blockbildungen zwischen dem industrialisierten Westen und dem globalen Süden einerseits aber auch zwischen den USA und China zu werden, mit der Gefahr des Rückfalls in einen neuen globalen kalten wie heißen Krieg.

Es sind im Übrigen nicht nur naive Friedensfreunde oder linke Aktivisten oder Rechtsextreme, die Verhandlungen verlangen. Auch Papst Franziskus hat am 2. Oktober Putin und Selenskij zu einer sofortigen Waffenruhe auf. Ein dauerhafter Frieden könne nur „unter Einbeziehung Russlands“ erfolgen, meint etwa auch die frühere Bundeskanzlerin Angela Merkel. Immerhin sind nach einer Forsa-Umfrage vom August 77 Prozent der deutschen Bevölkerung der Meinung, dass der Westen Verhandlungen über eine Beendigung des Krieges anstoßen sollte. Frieden muss gestiftet werden. Doch wo sind die Stifter?

Danke für Eure Aufmerksamkeit!“

**Nachtrag.** „Die Quellen für nahezu alle genannten Fakten (Ich habe das Referat um neuere Fakten aktualisiert) findet Ihr im Blog der Republik“ (W.L.).

<https://www.blog-der-republik.de/statt-einer-gefaehrlichen-weiteren-emotionalisierung-waere-eine-sachlich-nuechterne-debatte-ueber-den-schaden-und-den-nutzen-der-sanktionen-gegen-russland-geboten/>

<https://www.blog-der-republik.de/ist-der-wirtschaftskrieg-zu-gewinnen-wie-wirken-die-sanktionen-auf-russland-und-auf-uns-selbst-das-fehlen-einer-ernsthaften-sachdebatte-ist-politisch-brandgefaehrlich/>

### 3 Medien und Militarisierung

*Seit Beginn des Krieges in der Ukraine hat sich der „Meinungskorridor“, auf den weite Teile der Medienlandschaft sich in ihrer Berichterstattung und Kommentierung auch außerhalb von Krisenzeiten beschränken, weiter verengt. Nicht nur die Inhalte, auch die Sprache orientieren sich zunehmend an einem militaristischen und binären Freund-Feind-Schema. Diese Entwicklung ist im raschen Wechsel der täglichen Nachrichtenlage und Berichterstattung im Einzelfall nicht immer offensichtlich. Eine systematischere Betrachtung über einen längeren Zeitraum lässt die Konturen des medialen Diskurses deutlicher hervortreten.*

*Die Grundzüge dieser Freund-Feind-Dichotomie bzw. ihr entsprechender publizistischer Niederschlag in Kriegszeiten ist bereits im vergangenen Jahrhundert untersucht und dokumentiert worden. Ein britischer Diplomat, Arthur Ponsonby, hat 1928 in seinem Buch „Falsehood in War-Time“ rückblickend die britische, deutsche, französische, italienische und amerikanische Berichterstattung und Propaganda zum ersten Weltkrieg dargestellt. Auf Basis dieser Dokumentation hat Anna Morelli, Historikerin an der Universität Brüssel, 2001 die „Principes élémentaires de propagande de guerre“ veröffentlicht (dtsh. Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Springe: Zu Klampen, 2. Aufl. 2014).*

#### Übersicht: Die 10 Prinzipien des Morelli-Modells der Kriegspropaganda

1. Wir wollen keinen Krieg
2. Allein das feindliche Lager trägt die Schuld am Krieg.
3. Der Feind wird dämonisiert, ist der „Bösewicht vom Dienst“.
4. Wir verteidigen eine gute Sache und haben keine Eigeninteressen.
5. Der Feind begeht mit Absicht Gräueltaten; bei uns ist es Versehen.
6. Der Feind verwendet unerlaubte Waffen.
7. Unsere Verluste sind gering, die des Gegners aber riesig.
8. Unsere Sache wird von Künstlern und Intellektuellen unterstützt.
9. Unsere Mission ist heilig.
10. Wer unsere Berichterstattung in Zweifel zieht, ist ein Verräter.

#### 3.1 Clemens Knobloch. Einige rhetorische Ressourcen des Nato-Kriegsdiskurses. Notizen zur Berichterstattung über den Russischen Krieg in der Ukraine in den deutschen Medien

*Die Morelli-Prinzipien haben an „Aktualität“ nichts verloren und sind in Berichterstattung und Propaganda in den Kriegen des 20. und 21. Jahrhunderts im Gebrauch gewesen und finden auch während des Ukrainekrieges Anwendung, worauf auch **Clemens Knobloch** im nachstehenden **Vortrag** hingewiesen hat. „Im Übrigen ist das rhetorische Repertoire der Kriegspropaganda sehr begrenzt und seit dem Ersten Weltkrieg eigentlich immer das gleiche. ... Es ist von verzweifelter Monotonie und wird in aller Regel von beiden Kriegsparteien gleichermaßen genutzt. ... So gut wie alles, was wir täglich in unseren Medien serviert bekommen, ist mit dieser Liste abgedeckt. ...“*

*Der Vortrag von Clemens Knobloch (bei der NRW-Mitgliederversammlung der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** am **14. Mai 2022**) ist überarbeitet und **aktualisiert im** vorgenannten **DISS Sonderheft 5** und mit freundlicher Genehmigung des Autors auch in diesem Rundbrief abgedruckt.*

Die Geschicklichkeit der großen Journalisten besteht darin, dass sie den Idioten, der sie liest, dazu bringen zu sagen: »Genau das, was ich dachte!« Man will nicht angestoßen, man will geschmeichelt werden. (André Gide)

**„[0] IN MEHR ALS EINER HINSICHT IST ES EINE UNDANKBARE AUFGABE, ÜBER DEN MEDIENDISKURS ZUM UKRAINEKRIEG ZU SCHREIBEN.**

Ich nenne ... einleitend ein paar Gründe dafür:

[a] Der medienöffentliche Diskurs zum Ukrainekrieg ist so eindeutig, gleichförmig und einstimmig, dass es wirklich keine Diskursspezialisten braucht, um ihn zu »verstehen«. Der schlagartig aufgenommene Eskalations-, Aufrüstungs- und Militarisierungsdiskurs im Westen erklärt sich selbst. Missverständnisse sind kaum möglich. Aufklärungsversuche und alternative Deutungsmuster (selbst wenn sie von Militärs und professionellen Strategen kommen) werden mit massiver Kontaminationsrhetorik isoliert und als Parteinahme für den Feind gewertet (wie es die Regeln der Kriegspropaganda vorschreiben; s.u.).

[b] Im Umkreis der Linken gilt zudem, dass die Fragmentierung und Aufspaltung der Positionen und Reaktionen weit fortgeschritten ist. So etwas wie eine gemeinsame Einschätzung ist nirgends zu erkennen. Daraus folgt zwingend, dass jeder Versuch, die Dinge und Verhältnisse zu deuten, die eine oder andere Gruppierung provozieren und zu Widerspruch reizen wird. Was wiederum damit zusammenhängt, dass

[c] es gleichermaßen unmöglich und doch unbedingt notwendig ist, der durch den Krieg (durch jeden Krieg!) forcierten binären gut-böse-Logik zu entkommen. Es gibt in einer durch Krieg binarisierten Szene keine sprachliche Darstellung der Lage, die nicht zugleich als Parteinahme für die eine oder andere Seite interpretiert werden kann. Jede sprachliche Darstellung transportiert auch Wertung, und die Eiferer beider Seiten werden nicht zögern, jeden Versuch Distanz zu gewinnen, als Verrat an der guten Seite zu deuten. Es ist aber zugleich auch offensichtlich, dass analytisch und strategisch nur der Versuch weiterhilft, das Geschehen aus kalter Distanz unter die Lupe zu nehmen.

Jeder solche Versuch ruft die Wadenbeißer und Diskurswächter der Atlantiker-Lobby in den deutschen Redaktionen auf den Plan (zu dieser Lobby mehr bei Krüger 2016). Varwick (2022), selbst prominentes Opfer dieser Lobby, spricht vorsichtiger von den »etablierten transatlantischen Organisationen«. Selbst kritische Stimmen aus den USA (Henry Kissinger, John Mearsheimer) werden medial abgemeiert, wie Varwick (2022) berichtet. Zu den prominenten Opfern dieser Kräfte gehört auch Wolfgang Streeck, in der Hauptsache, weil er von einem »Imperium« gesprochen und damit das US-amerikanische (und nicht das russische) gemeint hat., was ihm eine böse Replik des obersten FAZ-Wadenbeißers, Patrick Bahners, einbrachte (Bahners 2022), der kurz darauf vor Ehrfurcht über den moralischen Rigorismus einer ukrainischen Sängerin nachgerade erstarrt, die im Bundeskanzleramt den Satz geäußert hat: »Wenn die Welt untergeht, weil wir der Ukraine helfen, dann soll es halt so sein« (Bahners 2022a).

Es gibt in diesem Krieg nicht DIE gute und DIE böse Seite. Automatisierte moralische Reaktionen (der Angegriffene ist der Gute etc.) helfen nicht weiter. Die praktische und strategische Schlussfolgerung für jeden analytischen Versuch kann darum eigentlich nur sein: möglichst vielen, möglichst allen auf die Füße zu treten.

**[1] DER § 1 FÜR LINKE LAUTET: IN DER UKRAINE KÄMPFEN DERZEIT ZWEI IMPERIALE UND KAPITALISTISCHE BLÖCKE GEGEN EINANDER UM MILITÄRISCHE UND ÖKONOMISCHE EINFLUSSZONEN.**

Kein Linker hat auch nur den mindesten Grund, sich für die eine oder die andere Seite einzusetzen. Weder für Putins noch für Selenskys Oligarchen sollte irgendein Sozialist Blut vergießen (wollen). Die offizielle Version des Kriegs bei uns lautet freilich: Hier kämpft das heldenhafte ukrainische Volk gegen den imperialen russischen Aggressor. Und die hoch moralischen westlichen und atlantischen Akteure kommen dem ukrainischen David gegen den russischen Goliath zu Hilfe. Diese Version ist mit einigem Abstand die verlogenste.

Wer seine Murneln beisammen hat, weiß, dass wir es mit der letzten Eskalationsstufe der militärischen Einkreisung Russlands durch die NATO zu tun haben. Die russische Annexion der Krim (Chruschtschow, selbst Ukrainer, hatte sie in den 1950er Jahren der Ukrainischen

Sowjetrepublik »geschenkt«) war geostrategisch unvermeidlich. In Sewastopol liegt die Russische Schwarzmeerflotte. NATO-Raketen auf der Krim wären mehr als ein Gegenstück zu den sowjetischen Atomraketen auf Kuba in den frühen 1960er Jahren, es wäre die bedingungslose Kapitulation Russlands gegenüber der NATO-Einkreisung gewesen. Für die (eigentlich seit 1990 überständige) NATO ist der Krieg in der Ukraine dagegen ein (nicht nur diskursives) Revitalisierungsmittel. Weil alle wissen, dass die ukrainischen Truppen zwar ihr Land verteidigen, in diese Lage aber nur gekommen sind, weil sie seit dem Umsturz nach den Maidan-Ereignissen stellvertretend das Geschäft der NATO betreiben. Die ukrainische Kriegsrhetorik verwaltet als inoffizielles NATO-Mitglied in der Hauptsache diese Ressource gegenüber den (offiziellen) NATO-Mitgliedern. Eine andere hat sie nicht. Dass die NATO in der Ukraine Kriegspartei ist, steht außer Frage. Ob und wann Russland welche NATO-Mitglieder als Kriegspartei öffentlich identifizieren wird, ist eine ganz andere (strategische, diskursive und folgenreiche) Frage. Gegenwärtig (wir schreiben den 20. Juni) provoziert und eskaliert der Westen (z.B. durch Beschlagnahmung russischen Vermögens in der EU) den Konflikt und drängt die russische Seite gewissermaßen dazu, westliches Produktivvermögen zu enteignen. Wenn Russland das tut, ist die nächste Eskalationsstufe erreicht, und das hiesige Medienpublikum wird naturgemäß empört sein.

Der Westen hat ja derzeit gar keine Wahl als sich stark zu fühlen gegenüber seinem Publikum. Aber das kann sich natürlich ändern. Das eigentlich Neue an der Diskurslage nach dem russischen Angriff ist so simpel und banal, dass es wirklich keine Diskurs-linguisten braucht (und es ist zugleich so wirkungsvoll, dass diskurslinguistische Aufklärung dagegen nichts ausrichten wird): Die neue Lage erlaubt es, zugleich auf der moralisch unbedingt guten Seite des angegriffenen Opfers zu stehen und Aufrüstung, Eskalation und Kriegshetze zu betreiben. Wen wundert es, dass die (in Sachen Okkasionalismus gut trainierten) Atlantiker- und NATO-Truppen in unseren Medien begierig nach der Gelegenheit greifen. Sie kommt so nie wieder.

Im Übrigen ist das rhetorische Repertoire der Kriegspropaganda sehr begrenzt und seit dem Ersten Weltkrieg eigentlich immer das gleiche (Morelli 2004). Es ist von verzweifelter Monotonie und wird in aller Regel von beiden Kriegsparteien gleichermaßen genutzt. Ich reproduziere die schematische Liste aus Morelli (2004):

1. Wir wollen keinen Krieg!
2. Der Gegner ist allein für den Krieg verantwortlich!
3. Der Führer des feindlichen Lagers wird dämonisiert
4. Wir verteidigen ein edles Ziel und keine besonderen Interessen!
5. Der Feind begeht wesentlich Grausamkeiten, wenn wir Fehler machen, geschieht dies unbeabsichtigt
6. Der Feind benutzt unerlaubte Waffen
7. Wir erleiden geringe Verluste, die Verluste des Feindes sind erheblich
8. Anerkannte Kulturträger und Wissenschaftler unterstützen unser Anliegen
9. Unser Anliegen hat etwas Heiliges
10. Wer unsere Propaganda in Zweifel zieht, arbeitet für den Feind und ist damit ein Verräter

So gut wie alles, was wir täglich in unseren Medien serviert bekommen, ist mit dieser Liste abgedeckt.

Der § 2 für Linke lautet: Die Moralisierung des Kriegs hilft seinen Opfern nicht, sie gibt nur denen ein gutes Gefühl, die diese Moralisierung betreiben (Hegels »schöne Seelen«!). Nur wer die Hintergründe analysiert, kann konstruktive Friedenspolitik machen. Die angegriffene Seite ist nicht automatisch die gute Kriegspartei. Die Moralisierung löst den Konflikt aus den Zusammenhängen, zu denen er gehört, und macht ihn damit unverständlich und monströs. Moral gehört zur zwischenmenschlichen Nahoptik. Am Platz ist sie, wo es um die Unterstützung für Geflüchtete, um humanitäre Fragen, Folgen etc. geht. Zur Entstehung und zur Beendigung des kriegerischen Konflikts kann sie nicht beitragen. Anders gesagt: »Gut« ist nur, was den Krieg deeskaliert. Wer sich auf eine gut/böse-Optik zu den Kriegsparteien einlässt, wie sie derzeit im hegemonialen Diskurs rabiatisch durchgesetzt wird, der hat schon verloren. Moralische Parteinahme kann Analyse und Diskussion nicht ersetzen, im Gegenteil, sie blockiert den nüchternen Blick. Und eingesetzt wird sie in der Hauptsache, um Eskalation und Hochrüstung zu legitimieren (hierzu auch Wahl 2022). Statt dem sehr menschlichen Bedürfnis nachzugeben, sofort eine gute und eine böse Seite zu identifizieren, tut man gut daran, das eigene moralische Urteil auszuhängen und die moralisierten Motive der eigenen Seite kritisch in den Blick zu nehmen.

**[2] DIE NEUE ZEIT, ZEITENWENDE, EPOCHENBRUCH, »AUFGEWACHT IN EINER ANDEREN ZEIT«-RHETORIK, DIE ANDEUTET, DASS AUSGLEICH, VERSTÄNDIGUNG, VERHANDLUNG NICHT MEHR ZÄHLEN,**

sondern Aufrüstung, Feindschaft, Krieg, wird von vielen Stichwortgebern gepflegt (exemplarisch Münkler 2022). Sie klingt, in ihrer Einstimmigkeit, ein wenig so, als ob die deutschen (und die anderen westlichen) Eliten schon lange auf eine Gelegenheit gewartet hätten, sie unisono zu intonieren. Die Rhetorik der Zeitenwende erklärt zum Ereignis, was das Ergebnis politischer Entscheidungen und politischen Willens ist. Renationalisierung (bzw. selektive Verblockung) der Ökonomie, das Ende der liberalen Globalisierung, das »Decoupling« der sich neu formierenden militärisch-ökonomischen Blöcke – all das war längst seit Jahren auf dem Weg, als Putin in der Ukraine einmarschierte. Diese Decoupling-Bewegung ist diskursiv repräsentiert im Lied, das von »unserer Abhängigkeit von Russland/China« handelt und das Northstream II zu einem geradezu mythischen Komplex gemacht hat (Link 2022). Der Krieg liefert diesen schon länger laufenden Rearrangements der kapitalistischen Welt einen Beschleuniger und ein unwiderstehliches Zurechnungsmotiv. Putins Einmarsch in die Ukraine wird demnächst an allem schuld sein, was auch sonst passiert wäre: Gigantisch steigende Preise für Energie und Lebensmittel, massive Aufrüstung, Block-Protektionismus, zusammenbrechende Lieferketten, Nichterreichen ökologischer Ziele etc.

Markant ist in diesem Zusammenhang der (von den Atlantikern in allen europäischen Redaktionen aufgebaute) mediale Druck zur rückwirkenden Umdeutung der deutschen Politik der vergangenen 30 Jahre. Sie wird jetzt so dargestellt, dass alle eine Mitschuld trifft, die sich in der Vergangenheit um Ausgleich (und Geschäft!) mit Russland gekümmert haben. Die müssen jetzt in Sack und Asche gehen und besonders laut nach schweren Waffen für die Ukraine schreien, um ihre Fehler aus der Vergangenheit wieder gut zu machen. Wenn Russland als absoluter Feind etabliert werden soll, dann muss das Land schon immer furchtbar böse gewesen sein. Selbstverständlich nutzt man auch die Ressourcen, die sich aus der Gleichsetzung des gegenwärtigen oligarchischen und staatskapitalistischen Regimes mit der Sowjetunion ergeben. Die russische Rhetorik gibt da Steilvorlagen. Restlos verdeckt wird in dieser Umdeutungskampagne aber, dass es vor allem Putins Russland gewesen ist, das sich in den vergangenen 20 Jahren um Ausgleich und Verständigung bemüht hat.

In ihrer Gesamtheit gleicht die Zeitenwende- und Epochenbruch-Rhetorik dem Versuch, die jüngere Geschichte so umzuschreiben, dass kompromisslose Aufrüstung und Kriegsvorbereitung daraus folgt. Es ist keineswegs nur Putin, der die Geschichte umschreibt!

**[3] KLASSISCHE KRIEGSPROPAGANDA IST DIE (IN VIELEN VARIANTEN ERZÄHLTE) DAVID-GEGEN-GOLIATH-GESCHICHTE.**

Sie hat eine Variante, in der bei den Guten die Frauen Molotovcocktails basteln und ihre Männer an die Front schicken, während bei den Bösen die jugendlichen Soldaten reihenweise desertieren. Diese Geschichte ist umso erwartbarer, als Evidenz immer leicht beizubringen ist. Und selbstverständlich erklärt der Aggressor (vom Kosovokrieg über Libyen, den Irak etc.) stets, dass er chirurgische Präzisionsschläge gegen militärische oder strategische Objekte führt, während der Angegriffene Bilder von bombardierten zivilen Objekten und Massakern an der Zivilbevölkerung etc. veröffentlicht. In diesem Sinne könnte man (mit Jürgen Link) sagen: Putin hat der NATO ihren Diskurs geklaut. Auch bei den NATO-Kriegen ging es selbstverständlich um die Verhinderung von Völkermord, um (erfundene) Massenvernichtungswaffen, um einen Hitler-Wiedergänger. Und im zirkulierenden Bild der Ukraine greifen reaktiv die heroischen Züge um sich, die doch im deutschen Bild der Serben, Iraker, Afghanen etc. merkwürdigerweise völlig fehlten, als die von der NATO angegriffen wurden.

Nachbemerkung zum Diskursdiebstahl: In einer Afghanistanreportage von Dlf und WDR (sie handelt, versteht sich, von Mädchen, die nicht mehr in die Schule dürfen) wird über einen Taliban-Offiziellen gesprochen. Der Reporter schildert ihn, mit schwarzem Bart, Turban und militärischem Outfit, und sagt dann ganz naiv: Er sehe aus wie jemand, der noch bis vor kurzem Ziel einer US-amerikanischen »Spezialoperation« hätte werden können! Was er meint, ist die außergesetzliche Hinrichtung per Drohne. In der Tat: Putin hat der NATO ihr Narrativ geklaut.

**[4] WENN KRITISCHE DISKURSANALYSE IN DER GEGENWÄRTIGEN KONSTELLATION ÜBERHAUPT ETWAS ERREICHEN KANN, DANN NUR DURCH KONSEQUENTE ZURÜCKWEISUNG ALLER FORMEN DES BINÄREN REDUKTIONISMUS (JÜRGEN LINK).**

Den unbedingten Zwang, sich entweder ganz auf der guten oder aber ganz auf der bösen Seite zu verorten, muss man ignorieren. Jede differenzierte Argumentation, schon jede Erinnerung daran, dass die NATO und der Westen massenhaft Kriege gegen die Zivilbevölkerung geführt haben, wird mit dem neuen Kontaminationsbegriff des Putin-Verstehers belegt und sanktioniert. Die öffentliche Verbannung alles Russischen nimmt wahnhaftige Züge an: Künstler, Wissenschaftler, Sportler, Medien, Organisationen, Personen, die es in der Vergangenheit gewagt haben, Beziehungen mit russischen Institutionen zu unterhalten, geraten unter Beschuss. Politiker wie Schwesig, Schröder, Platzeck werden zu Unpersonen erklärt und sollen Buße tun. Wer einem russischen Künstler jetzt noch applaudiert, lebt gefährlich. Wissenschaftliche Kooperationen mit Russland sind eingestellt oder eingefroren. All das wäre noch vor ein paar Wochen unbedingt unter Rassismus gebucht worden. Jetzt ist es normal. Und wenn der ukrainische Botschafter alle Russen für Feinde erklärt, hält sich die Empörung in engen Grenzen. Die absehbare Wirkung solcher Maßnahmen dürfte darin bestehen, dass die Selbstwahrnehmung Russlands als Opfergemeinschaft gestärkt wird. Und diese Wahrnehmung dürfte die Zustimmung der russischen Öffentlichkeit zum Krieg stärken.

**[5] WAS DIE BREITENWIRKUNG DER WESTLICHEN ESKALATIONS-PROPAGANDA BETRIFFT, SOLLTE MAN DEN MORALISCHEN BOULEVARD NICHT UNTERSCHÄTZEN.**

Ein Beispiel aus der Anfangsphase des Krieges: Am 8. März 2022 ein modellbildender Kommentar im Echo des Tages in WDR5: Der Autor beginnt mit einer Szene, in der eine brave deutsche Familie sich zu einem Wochenendausflug im Auto aufmacht. Im Tank: Benzin aus russischem Erdöl. Folge: Der brave Familienausflügler finanziert mit seinem Tun den brutalen russischen Aggressionskrieg gegen die Ukraine. Darauf die höchst suggestive Frage: »Wollen wir das?«. Das Ziel ist klar. Einen ganz ähnlichen Kommentar gab es auch schon am Vortag. Vielleicht sollte man das als die moralisch-liberale, an jeden Einzelnen adressierte Version der Kriegsoffer-Propaganda bezeichnen. Was kann man machen gegen diese gutmenschliche Variante der Militarisierungs-, Kriegs-, Eskalations- und Ausnahmezustandsgeilheit im Westen?

Seither hat sich dieses diskursive Muster erheblich ausgeweitet. Mittlerweile dominiert die (ziemlich penetrante) diskursive Engführung von aversiver Anti-Russland- und Anti-Putin-Rhetorik mit der positiv-programmatischen Öko- und Klimawandelrhetorik: Alles, was wir zu tun haben, schadet zugleich Putin und nützt den globalen Öko- und Klimazielen. Was will man mehr? Dass sich da immer mehr Aufweichungen ehemals heiliger Ökoprinzipien einschleichen? ...Nun ja, das ist eben alles Putin schuld. Und das wird gebraucht, damit die Grünen sich vor ihrer ökologischen Basis rechtfertigen können (falls es die wirklich noch gibt). Brauchen die Grünen am Ende Putin, um eine Geschwindigkeitsbeschränkung auf den Autobahnen doch noch durchzusetzen? Und die Atomlobby nutzt auch die Gunst der Stunde und bringt verlängerte Laufzeiten der AKWs ins Spiel. Nur kann sie uns noch nicht so recht erklären, wie man damit im nächsten Winter heizt. Die NZZ spricht (am 8. April 2022) von der Instrumentalisierung des Kriegs für die banalsten Wirtschafts-, Image- und Machtinteressen. Die Kohlelobby ist natürlich auch dabei, und länger laufen werden just die mit (deutscher) Braunkohle betriebenen Kraftwerke.

Selten notiert, aber untersuchenswert ist weiterhin Folgendes: Der Krieg in der Ukraine wird in der EU im (auch in anderen EU-Sphären und Themen vorherrschenden) Modus des Standortwettbewerbs ausgetragen. Wer eine hegemoniale deutsche Zeitung aufschlägt, der erfährt, dass Frankreich viel mehr für die militärische Unterstützung der Ukraine tut als Deutschland. Wer eine französische Zeitung aufschlägt, der erfährt, dass Deutschland viel mehr für die militärische Unterstützung der Ukraine tut als Frankreich. Und ständig geht es darum, wer welche Abhängigkeiten von Russland (und China) bereits erfolgreich reduziert hat (und wer nicht). Das könnte eine Strategie der europaweit in den Medien gut organisierten Atlantiker sein, aber auch einfach ein Effekt der Tatsache, dass so gut wie alle EU-Angelegenheiten in diesem Modus ausgetragen werden. Schlagwörter wie Opfer, Verzicht, Gewissen, Scham, Tapferkeit, Feigheit usw.? All das klingt wie auferstanden aus der untergegangenen moralischen Welt einer katholischen Gewissenserforschung – und füllt heute die Rundfunkkommentare und die Zeitungen, wenn es um »unsere« Haltung zum Ukrainekrieg und zu Russland geht. Auf Arte bezeichnet jemand die (überwiegend rechtsradikalen) Söldner

aus westlichen Ländern, die in der Ukraine gegen Russland kämpfen wollen, als Idealisten. Müssten dann nicht auch diejenigen, die aus den europäischen Ländern kommend für den Islamischen Staat in den Krieg ziehen, Idealisten sein? Die Propagandisten des postheroischen Zeitalters werden in der FAZ bereits verspottet, der klassische Kriegsheld feiert, von einem Tag auf den anderen, seine glorreiche Wiederauferstehung. Der Ex-Bundespräsident Gauck hält es (sprechend gewiss aus seinem gut gewärmten Büro) für kein Problem, wenn die Bevölkerung einstweilen ohne Heizung durch den Winter kommen muss. Wir müssen schließlich Opfer bringen, wenn wir schon nicht selbst Helden werden können. Und Frieren lockert nicht nur unsere Abhängigkeit von russischer Energie, es ist sogar noch ökologisch (s.o.). Und autofreie Sonntage (erprobt in der ersten Ölkrise der frühen 1970er Jahre) sind erst recht eine win-win-Konstellation, wenn sie gut für die Ökologie und gut gegen Putin sind. Man darf gespannt sein, ob (und wie lange) diese abenteuerliche Engführung von Krieg und Ökologie hält!

**[6] DURCHAUS LOHNEND WÄRE ES DAGEGEN, WENN AUCH DIE WEST-MEDIEN EINMAL THEMATISIEREN WÜRDEN, AUF WELCHE REALITÄTEN SICH PUTIN BEZIEHT, WENN ER DIE ENTNAZIFIZIERUNG DER UKRAINE ALS KRIEGSZIEL FORMULIERT.**

Le Monde Diplomatique hat dankenswerter Weise (März 2022, S. 2) eine Diskursanalyse dazu angefertigt und teilt mit, was man in den US-amerikanischen und französischen Medien darüber erfährt, wie in Kiew Stepan Bandera, Führer der ukrainischen NS Kollaborationsgruppen, als Nationalheld gefeiert wird, wie man der (aus ukrainischen Freiwilligen bestehenden) SS-Division »Galizien« gedenkt (geführt von der Melnyk-Fraktion der Ukrainischen Nationalisten), wie das Asow-Regiment, eine Neonazitruppe, nach 2014 in die ukrainische Armee integriert wurde, und einiges Ähnliche mehr. Gleichzeitig hat die Poroschenko-Regierung 2015 alle kommunistischen Symbole und Ideen unter Strafe gestellt. Dass Selensky (anders als Poroschenko) von manifest antisemitischen Veranstaltungen Abstand hält, versteht sich, stattfinden tun sie gleichwohl auch unter seiner Regierung. Auch so sieht der Weg der Ukraine in die westliche Wertegemeinschaft aus. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Melnyk, ist ein bekennender Verehrer des ukrainischen Kriegsverbrechers Bandera und ein Bewunderer des Asow-Regiments. Und wissen kann man auch, dass der ukrainische Staat seit 2015 weltweit faschistische Milizen rekrutiert, mit dem Auftrag, die Krim und die ostukrainisch-russischen »Volksrepubliken« zurückzuerobern. Das Asow-Regiment ist lediglich die bekannteste unter ihnen.

Pierre Rimbart (2022) kommt in Le monde diplomatique zu dem Ergebnis, dass in den französischen Medien (bei abundanter Berichterstattung über die Ukraine) kaum ein Wort über diese Dinge verloren wird (und fragt sich, was wohl geschehen würde, wenn Putin auf dem Roten Platz einen Neonaziaufmarsch ehren würde). In den USA (New York Times, Washington Post) sei die Lage ganz ähnlich. Lediglich in The Nation gab es 2021 einen Artikel, der die Glorifizierung von Nazi-Sympathisanten in der Ukraine thematisiert. Der Deutschlandfunk berichtet am 11. März (in einem – exemplarisch eiernden -Experteninterview) über das neonazistische Asow-Regiment in der Ukraine, mit dem begütigenden Tenor, das alles sei nicht so schlimm, weil das Regiment ja in die reguläre Armee integriert sei – und außerdem gebe es in Russland viel mehr Neonazis als in der Ukraine! Na dann. Man könnte es auch für eher beunruhigend halten, dass Söldner- und Neo-Nazi-Milizen in die ukrainische Armee integriert sind. Zu den ausgesprochen perfiden Kriegsstrategien der Ukraine gehört es, dass sie das Asow-Regiment zur Verteidigung von Mariupol eingesetzt hat. Die Stadt ist traditionell russisch und griechisch, das Regiment faschistisch und antirussisch. Was den Schluss nahelegt, dass die geschützte und verteidigte Bevölkerung der Stadt dem Asow-Regiment eher als Geisel gedient haben könnte. Lediglich auf der Seite Florian Rötzers (krass&konkret) wird darüber berichtet (und auch über andere dokumentierte Kriegsverbrechen der ukrainischen Seite). Dass man bei uns gescheiterte Evakuierungen der Zivilbevölkerung aus Mariupol den Russen in die Schuhe schiebt, versteht sich von selbst.

**[7] EIN DISKURSMOTIV VON VIELEN: KEIN SATZ DÜRFTE IN DEN DEUTSCHEN MEDIEN HÄUFIGER GEDRUCKT WORDEN SEIN IN DEN VERGANGENEN MONATEN ALS DER SATZ, JEDES LAND HABE DAS UNEINGESCHRÄNKTE RECHT, SEINE BÜNDNISZUGEHÖRIGKEIT FREI ZU WÄHLEN.**

Da ging es um die Ukraine und die NATO (bzw. die EU). Seit einiger Zeit kann man aber überall (vor allem im Handelsblatt und in der FAZ, im SPIEGEL) lesen, die Salomonen (wo liegen die Salomonen?!) hätten beschlossen, ihre Sicherheitsbeziehungen zu »diversifizieren« (rhetorisch geschickt: divers ist immer gut) und wollten jetzt nicht nur mit Australien, sondern

auch mit der VR China Sicherheitsabsprachen treffen, was für die westliche Presse (auch die USA) Besorgnis (das ist die mildeste Formel) auslöst. Ein Bündnis der Salomonen mit China würde eine winzige Lücke in die (ansonsten lückenlose) militärische Einkreisung Chinas durch die USA und ihre Verbündeten im südchinesischen Meer reißen. So viel zur Bündnisfreiheit aller Staaten. Und nun zur Weltmacht China selbst: Ihr drohen die USA und die EU mit schwersten Konsequenzen, sollte sie den Krieg Russlands gegen die Ukraine unterstützen. Man lässt der VR China hingegen die volle Freiheit, sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. »Hasenfreiheit in Zeiten der Jagd«, nannte das Hannah Arendt diesen Typ von Freiheit. Und selbst ein besonnener und mäßigender Autor wie der (sehr geschätzte) Ingo Schulze schreibt blauäugig in der Süddeutschen Zeitung vom 30.3.22, »dass jedem souveränen Staat grundsätzlich das Recht zusteht, sich dem Bündnis anzuschließen oder fernzubleiben, dem es sich anschließen oder fernbleiben möchte«. Als ob der Westen (oder natürlich auch: der verblichene Warschauer Pakt) es jemals irgendeinem Staat freigestellt hätte, welchem Bündnis er sich anschließen möchte! Die Serie von orchestrierten Putschen und Regimewechseln in der Ukraine der vergangenen 20 Jahre beweist das Gegenteil.

**[8] IN IHRER GESAMTHEIT INDIZIEREN DIE DISKURSDATEN, DASS DEUTSCHLAND IN DER FÜR UNS ALLE LEBENSWICHTIGEN FRAGE VON KRIEG UND FRIEDEN KEIN KOMPAKTER AKTEUR IST, SONDERN EIN WILLENLOSES UND GETRIEBENES ANHÄNGSEL DER NATO UND DER USA (UND IHRER UKRAINISCHEN KLIENTEN).**

Es ist, als hätte die gesamte Mainstream-Politik geschworen, nicht dem »Wohl des deutschen Volkes« zu dienen, sondern den strategischen Absichten der NATO und der USA. Der ukrainische Botschafter verlangt tagtäglich, dass Deutschland ihn gefälligst mit schweren Waffen versorge und beschimpft zeitgleich deutsche Politiker als Putin-Knechte. Wäre Deutschland ein souveräner Staat, hätte es den ukrainischen Botschafter längst ausweisen müssen. Die hektischen Beschlüsse der ersten Kriegswochen (100 Milliarden Sondervermögen für Hochrüstung, 2% mindestens für die NATO-Aufrüstung etc.) widersprechen dem wohlverstandenen Interesse der Deutschen. Ganz abgesehen davon, dass sie zunächst ohne parlamentarische Debatte getroffen worden sind. Und der deutsche Bundespräsident reagiert mit Buße und mea-culpa-Sprüchen (in allen Zeitungen am 5. April 2022) auf die Beleidigungen und Angriffe des ukrainischen Botschafters – wie ein ertappter Hund, der den Pantoffel seines Herrchens zerkaut hat.

Unbefangenen Beobachtern drängt sich der Eindruck auf, die Bundesrepublik werde derzeit von Kiew und Washington aus regiert. Das Treffen der westlichen Verteidigungsminister in der Ramstein-Airbase am 24. April unterstreicht, dass die USA jetzt die strategische Regie des Krieges direkt übernommen haben. Deutschland und die EU sind mittlerweile als subalterne Juniorpartner identifizierbar, die längst nicht mehr selbst entscheiden, was sie tun. Es waren die USA, die mitgeteilt hat, dass künftig auf deutschem Boden ukrainische Kämpfer von US-Militärs ausgebildet werden. Es waren die USA, die das Kriegsziel der nachhaltigen Schwächung Russlands festgelegt und die EU auf einen langen Krieg eingestimmt haben.

Geostrategisch handelt der Krieg von der des Desasters in Afghanistan und im Irak ihre Rolle als einzige globale Ordnungsmacht gegen die wachsenden Bemühungen um eine plurizentrische Welt durchzusetzen. Damit die USA hier Erfolgchancen haben, müssen Russland und die EU in einen langdauernden militärischen Konflikt verwickelt werden. Das ist die strategische Ratio hinter der NATO-Osterweiterung – und die Ukraine ist der Schlussstein dieser Osterweiterung. Hätte Russland einen schnellen Sieg in der Ukraine erreicht, wäre dieses Szenario vielleicht verhindert worden. So hingegen sind die USA zwei Konkurrenten auf einmal los und können sich auf die Einkreisung Chinas konzentrieren. Ein penetrantes Diskursmotiv in diesem Zusammenhang ist die Engführung der Komplexe Russland/Ukraine und China/Taiwan. So befragt die SZ (18./19. Juni 2022) den Politologen Alexander Görlach: »Ist Taiwan die Ukraine Chinas – ergibt dieser Vergleich Sinn?«. Und der antwortet: »Ich glaube, dass die Ukraine und Taiwan für Wladimir Putin und Xi Jinping Schicksalsorte sind, mit denen sie nicht nur ihr persönliches Geschick verknüpfen, sondern in diktatorenhafter Selbstüberschätzung auch die Schicksale ihrer Länder« (Baumstieger 2022). Es folgen erstaunliche Erkenntnisse wie etwa, dass China mit dem Projekt der Neuen Seidenstraße Milliarden in die Infrastruktur anderer Länder investiert, »natürlich nicht aus Altruismus« (den gibt es nur bei uns!). Außerdem bringt man da »alte Floskeln wie die von der Einheit Chinas, um die eigene Aggressivität zu rechtfertigen«. Der Experte scheint vergessen zu haben, dass er aus einem Land stammt, das 40 Jahre lang die Deutsche Einheit im offiziellen Staatsprogramm hatte (nebst Anspruch auf das Territorium der sogenannten DDR).



**[9] VIEL WÄRE NOCH ZU SAGEN ZU DIESEM KOMPLEX. AUS PLATZGRÜNDEN ABER NUR NOCH EINE SCHLUSSBEMERKUNG ZUR LINKEN VIELSTIMMIGKEIT.**

Es gibt mittlerweile so viele (gegensätzliche) Papiere aus der Linken, dass es unmöglich ist, sich mit allen auseinanderzusetzen. Darum nur ein paar Worte zu Raul Zelik's »Nein zu Waffenlieferungen« (2022): Raul Zelik beginnt mit der These, nicht die NATO-Kooperation der Ukraine habe den russischen Angriffskrieg ausgelöst, »sondern ihre bloße Existenz als sich öffnende postsowjetische Gesellschaft«. Und obwohl der militärische Widerstand der Ukraine eher »von gesellschaftlicher Selbstorganisation« geprägt sei als von militärischen Befehlsketten, plädiert Raul Zelik gegen Waffenlieferungen, weil die Linke nicht an der Renormalisierung der Staatenkriege, sondern an einer multilateralen Sicherheitsordnung mitzuarbeiten habe. Dem kann ich nur zustimmen. Zweitens: Wenn »wir« Waffen an die Ukraine liefern, dann werden diese für das Expansions- und Einkreisungsinteresse der NATO eingesetzt, und die sei nun einmal keine Bürgerinitiative, sondern der weltgrößte Verein von Kriegstreibern. Auch das leuchtet mir ein. Drittens schließlich kämen westliche Waffenlieferungen den Milizen, Warlords, den Rechtsradikalen Freiwilligenverbänden zugute, also (in den Worten Zelik's) den Feinden »von Emanzipation, Gleichheit und Demokratie im Inneren der ukrainischen Gesellschaft«. Auch das leuchtet mir ein, scheint mir aber in Widerspruch zu stehen mit dem etwas idyllischen Anfangsbild von der sich öffnenden postsowjetischen Gesellschaft. Geöffnet hat sie sich offensichtlich nicht so sehr für »westliche Werte«, sondern für rechtsradikale Banden, für das Verbot linker und russischer Organisationen und Medien etc., was man nicht erst seit den Maidanereignissen beobachten kann. Aber vielleicht sind das ja die westlichen Werte. Dennoch gibt es gewiss eine Realität hinter der Formel von der sich öffnenden postsowjetischen Gesellschaft, und das ist die einer wachsenden, gut ausgebildeten und an der westlichen Mittelklasse orientierten jungen städtischen Generation.

Zudem lese ich in der sonst nicht eben für Linksradikalismus bekannten Zeitschrift der Gewerkschaft ver-di, dass es dort einige ziemlich ernste Bedenken gegen den geplanten raschen EU-Beitritt der Ukraine gibt, weil das Land nicht einmal minimale Rechte der Beschäftigten etabliert hat: Laut dem Gewerkschaftsmonitor 2021 der Friedrich-Ebert-Stiftung wollte die ukrainische Regierung zuletzt den Kündigungsschutz abschaffen, Null-Stunden-Verträge einführen und die Gewerkschaften deutlich schwächen. Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation wie die Vereinigungsfreiheit, die in der Europäischen Union gelten, würden damit verletzt. (Welzel 2022) Im Korruptionsindex von Transparency International bildet die Ukraine mit Platz 122 das europäische Schlusslicht, in Sachen Demokratie rangiert sie gleich auf mit Mexiko, notiert Welzel (2022). Da fragt man sich erneut, wofür sich die post-sowjetische Gesellschaft in der Ukraine geöffnet hat. Weiterhin notieren auch die hiesigen Medien (wenn auch mit zurückhaltender Rhetorik) die vordemokratische Informations- und Medienpolitik der Ukraine. Koopmann (2022) zitiert die Formel »einheitliche Informationspolitik« und meint eine gleichgeschaltete Medienszene, in der nur die Stimme der Regierung zu hören ist. Schon vor Kriegsbeginn sprach man im Kyiv Independent davon, dass die Selensky-Regierung versuche, die Pressefreiheit in der Ukraine zu demontieren (Koopmann 2022).

**[10] FÜR JEDEN HALBWEGS NÜCHTERNEN ANALYTIKER IST DIE PERSPEKTIVE DES DEUTSCHEN KAPITALISMUS (EX-EXPORTWELTMEISTER!) VERZWEIFELT,**

und die Reaktionen auf den US- und Ukraine-Druck bestätigen das. Die US-Politik behindert bzw. beendet nicht nur das Russland-, sondern auch das milliardenschwere Chinageschäft der Deutschen massiv. Wenn sich der einschlägige US-Druck verstetigt, ist es eine Frage der Zeit, bis die deutschen Produktionsstätten in Russland und China enteignet werden. Sollte noch mit den mid-term-Wahlen in den USA sich die Wiederkehr von Trump ankündigen (was ich für wahrscheinlich halte), dann ist auch der US-Exportmarkt für die deutsche Wirtschaft bedroht. Und wie beliebt der deutsche Exportweltmeister im letzten, dann verbleibenden EU-Markt ist, muss nicht weiter ausgeführt werden. So viel zur Compliance der deutschen Wirtschaft und Regierung gegenüber den USA und Kiew. Der deutsche Kapitalismus hat derzeit die Hosen mächtig voll. Und dazu hat er auch allen Grund. Das langjährige Geschäftsmodell des Exportweltmeisters ist sichtlich am Ende. Dabei ist eben auch das eine banale Tatsache: Jede aktive NATO-Intervention (wie definiert man die? Lieferung von Angriffswaffen? Von wem? Über welche Wege und Umwege?) wäre der Beginn des Dritten Weltkriegs. Und wer spricht einfach die offenkundige Tatsache aus, dass die Ukraine von der NATO ausersehen worden ist, das letzte Gefecht in der Einkreisung Russlands in Szene zu setzen? Wer erklärt öffentlich, dass

die Ukrainer nicht die Schützlinge, sondern das Kanonenfutter der NATO sind? Wer, wenn nicht die Linke? Die (unwiderstehliche) Eskalationsstrategie der NATO (und ihrer atlantischen Kollaborateure in den westlichen Medien) besteht eben darin, dass Herr Stoltenberg auf der Vorderbühne erklärt, die NATO sei nicht Kriegspartei und wolle das auch nicht werden, während sie von der Hinterbühne die Ukrainer (dosierte und russische Reaktionen austestend) antreibt und aufrüstet. Wahrlich keine beneidenswerte Lage für die Ukraine, dass sie ausersehen ist für die Entscheidungsschlacht zwischen der seit 20 Jahren vorrückenden NATO und Russland.

Kurz: Die eigentlich schon nach 1990 (mit der Auflösung des Warschauer Paktes) sinnlos gewordene NATO näherte sich dem Verfall, nachdem all ihre »out of area«-Einsätze ziemlich desaströs geendet hatten (vor allem im Irak und in Afghanistan, aber auch in Libyen, Kosovo etc.), sehr zum Missvergnügen der Atlantiker-Lobby in den deutschen Medien, für die Europa plus Nordamerika die eigentliche Lebensbedingung des Westens ist (und ergo jede Annäherung zwischen der EU und Russland von jeher des Teufels). Jetzt steht die NATO wieder, so scheint es einstweilen, sie hat sich durchgesetzt, ihr Existenzrecht unter Beweis gestellt, jedenfalls im westlichen Diskurs, und muss geradezu zwingend den Russen eine vernichtende Lektion erteilen, damit künftig niemand mehr an ihr zweifelt. Die Damen und Herren des ehrgeizigen US-Weltherrschaft-Projekts mit dem Namen PNAC (= Project for a New American Century), drunter prominent der Ehemann von (»fuck the EU!«)-Victoria Nuland, letztere im Außenministerium federführend für die US-Ukrainepolitik, können es noch gar nicht fassen, was für eine Chance ihnen durch den russischen Angriff in den Schoß gefallen ist (vgl. hierzu den Beitrag von Jürgen Link in diesem Heft). Eben das macht die Situation brandgefährlich. Denn auch für Russland ist es die letzte Chance, die NATO zu stoppen. Man erinnere sich: Vor ein paar Jahren hat Macron die NATO für »hirntot« erklärt und Trump sie öffentlich für überständig und überflüssig gehalten“.

#### [11] LITERATUR UND QUELLEN

- Bahners, Patrick (2022): »Der Überhang des amerikanischen Imperiums«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 9. März 2022.
- Bahners, Patrick (2022a): »Dann soll es halt so sein!«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 30. März 2022.
- Baumsteiger, Moritz (2022): »Auch Autokraten müssen abliefern« (Interview mit dem Politologen Alexander Görlach). In: Süddeutsche Zeitung v. 18./19. Juni 2022. S. 20.
- Klein, Naomi (2007): Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophenkapitalismus. Frankfurt/M.: Fischer.
- Koopmann, Christoph (2022): »Nachrichten aus einer Hand. Ukrainische Medien leiden unter Selenskys einheitlicher Informationspolitik«. In: Süddeutsche Zeitung v. 7./8. Mai 2022.
- Krüger, Uwe (2016): Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen. München: Beck.
- Link, Jürgen (2022): »Butscha und die Option einer gefährlichen höheren Stufe der Eskalation«. In: Krass & Konkret (Butscha und die „Option“ einer gefährlich höheren Stufe der Eskalation - Krass & Konkret (krass-und-konkret.de).
- Link, Jürgen (2022a): »Die Ukraine-Krise und ihre tendenzielle Dynamik«. In: DISS-Journal 43, Mai 2022. S. 3-7.
- Morelli, Anne (2004): Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Springer: Zu Klampen.
- Münkler, Herfried (2022): »Putin führt eine weltpolitische Zeitenwende herbei«. In: Neue Züricher Zeitung v. 3. März 2022.
- Rimbart, Pierre (2022): »Ne pas voir, ne rien dire«. In: Le Monde Diplomatique, Mars 2022, S. 2.
- Schulze, Ingo (2022): »Lieber Freund«. In: Süddeutsche Zeitung v. 30 März 2022. S. 12.
- Strauss, Simon (2022): »Das Gewissen macht Feige aus uns«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 14. März 2022. S. 9.
- Varwick, Johannes (2022): »Eine rationale Diskussion ist unmöglich«. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 18. Juni 2022.
- Wahl, Peter (2022): Der Ukrainekrieg und seine geopolitischen Hintergründe. Hintergrundpapier I der Attac-AG Globalisierung und Krieg.
- Welzel, Petra (2022): »Nicht ohne Reformen«. In: Europa. ver-di publik Spezial 3/2022.
- Zeitgeschehen im Fokus vom 15. März 2022: Interview mit Jacques Baud. ([https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article\\_1306](https://zeitgeschehen-im-fokus.ch/de/newspaper-ausgabe/nr-4-vom-15-maerz-2022.html#article_1306)).
- Zelik, Raul (2022): »Nein zu Waffenlieferungen«. In: Links bewegt vom 16.3.2022.

**Clemens Knobloch** ist emeritierter Hochschullehrer für Sprach- und Kommunikationswissenschaft an der Philosophischen Fakultät der Universität Siegen

□ Link zur Originalversion: <http://www.diss-duisburg.de/2022/07/diss-journal-sonderheft-5/>

### 3.2 Die Atlantik-Brücke und Manipulation der Presse

*Im vorstehend abgedruckten Vortrag von Clemens Knobloch ist von den „Wadenbeißer(n) und Diskurswächter(n) der Atlantiker-Lobby in den deutschen Redaktionen“ bzw. von „etablierten transatlantischen Organisationen“ die Rede. Bezug genommen ist damit auf den publizistische Einfluss von Eliten-Netzwerken, wie dieser u.a. von Uwe Krüger in seinem Buch *Mainstream* (2016) beschrieben worden ist.*

*Zu den einflussreichsten und wirkmächtigsten Netzwerken gehören die **Atlantikbrücke**, die **Bilderberg-Meetings** und die **Trilateral Commission**. Im Internet finden sich zu den genannten Netzwerken u.a. Eigendarstellungen und wikipedia-Artikel. Unter dem Stichwort **Atlantikbrücke** wird bei wikipedia neben einer umfänglichen Darstellung der Organisation, die eher einer Eigendarstellung ähnelt (Stand 1.11.2022) eine schmale fünfzeilige Kritik zitiert, „dass das transnationale state-private network nur zum Teil aus politisch legitimierten Personen bestehe und keine sachlichen oder nationalen Grenzen seiner Einflussnahme existierten. ... Auch übe die Brücke über ihre zahlreichen Mitglieder aus der Medienlandschaft einen erheblichen Einfluss aus. Die mediale Einflussnahme sei nicht immer ersichtlich, auch „wenn – wie bei Anne Will geschehen – gleich mehrere Mitglieder der Atlantik-Brücke in einer TV-Sendung sitzen um ‚kontrovers‘ über Syrien zu diskutieren.“ Dies wie auch der Titel einer früheren Veröffentlichung von Uwe Krüger (Köln 2013) - „*Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*“ - trifft wohl den Kern der Kritik an der Atlantikbrücke wie auch an den anderen Netzwerken.*

*Für eine erste Annäherung an die Thematik sei hier verwiesen auf eine Sendung des **ZDF-Fernseh-Magazins** „**Die Anstalt**“ vom **29. April 2014**, die trotz ihres Alters nichts an Aktualität verloren hat. Lediglich ein Teil des transatlantischen Personals hat gewechselt bzw. hat seine Funktionen gewechselt. So hat zuletzt Sigmar Gabriel (immer noch SPD) den Vorsitz der Atlantikbrücke von Friedrich Merz (immer schon CDU) übernommen. (Aufgabe: Finde den Unterschied!)*

#### **Die Atlantikbrücke und Manipulation der Presse,**

Video 7:31 min

- Moderatoren: **Max Utthoff und Claus von Wagner**
- ZDF-Fernseh-Magazin ‚Die Anstalt‘, Datum der Erstsendung: 29.04.2014
- Link zum Video: <https://www.youtube.com/watch?v=nzBJlrhizwU>

*Hingewiesen sei zusätzlich auf eine **Info-Grafik** mit dem Titel*

*„**Medien in Deutschland: Das Transatlantik-Netzwerk**“ aus Mai 2017, **aktualisiert 2022**. Die Grafik bietet einen differenzierten „Überblick über die wichtigsten Akteure und Verbindungen“ der oben genannten Organisationen (<https://swprs.org/netzwerk-medien-deutschland/>).*

*Swiss Policy Research (SPR; [swprs.org](https://swprs.org)) ist nach eigenen Angaben „ein Forschungs- und Informationsprojekt zu geopolitischer Propaganda in Schweizer und internationalen Medien. Sämtliche Studien und Beiträge wurden von einer politisch und publizistisch unabhängigen Forschungsgruppe ohne Beauftragung oder Fremdfinanzierung erstellt. Die Mitglieder der Forschungsgruppe möchten persönliche Diffamierungen und berufliche Sanktionen vermeiden und haben sich deshalb entschieden, nicht namentlich aufzutreten. Wir bitten um Verständnis und sind zuversichtlich, dass die präsentierten Informationen für sich selbst sprechen können“ (<https://swprs.org/kontakt/>). - Da die Informationen in dieser Infografik auf der Basis angegebener und öffentlich überprüfbarer Quellen erstellt ist, ist hier trotz Anonymität der Verfasser darauf verwiesen.*

### 3.3 Rainer Mausfeld. Warum schweigen die Lämmer? Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements

*Eine vertiefende Einsicht in die politische, ökonomische und gesellschaftliche Steuerungsmacht und -praxis dieser transatlantischen Netzwerke ermöglicht ein **Vortrag** von Rainer Mausfeld. „Warum schweigen die Lämmer? Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements“. Rainer Mausfeld hielt diesen Vortrag am **22. Juni 2015** als Professor für Allgemeine Psychologie an der **Universität zu Kiel**. Anhand von vielen Beispielen wird aufgezeigt, wie mit Hilfe der Medien eine strategische Schwächung demokratischer Errungenschaften und Strukturen erfolgt und wie mit den Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements Menschen in Apathie und der Illusion des Informiertseins gehalten werden. Für die Veröffentlichung bei „Free 21. Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V. (free21.org)“ hat Rainer Mausfeld seinen Vortrag **2019 überarbeitet**. Nachstehend sind Auszüge abgedruckt. Der Vortrag ist auch **online** als **Video** abrufbar.*

„Im politischen Diskurs wie auch in der politischen Rhetorik der Neuzeit spielt der Begriff der Demokratie ... eine immer größere Rolle. Demokratie ist nun nicht nur eine von möglichen Herrschaftsformen, sondern sie ist die einzige Form, in der sich politische Macht überhaupt legitimieren läßt. Zugleich betrachten die herrschenden Eliten Demokratie als eine „notwendige Illusion“ und bemühen sich hinter der Rhetorik von Demokratie die zur Sicherung ihrer Eigeninteressen geeigneten oligarchischen Strukturen zu etablieren. Dabei werden von ihnen ernsthafte demokratische Errungenschaften als „excess of democracy“ deklariert und demokratische Strukturen in einer Weise zu erodieren versucht, die für die Bevölkerung möglichst nicht sichtbar sind – ein Prozeß, der sich in der Gegenwart in beängstigender Weise beschleunigt hat. Für Beispiele mögen als Stichworte die Gesetzgebungsverfahren der EU, Weltbank, IWF, TTIP sowie „Troika“ genügen.

„ ... Wenn schon „Demokratie“ im politischen Geschäft als eine „notwendige Illusion“ erachtet wird, dann sollte die Demokratie eher die Form einer durch geeignete Experten gelenkten „Zuschauerdemokratie“ („spectator democracy“) annehmen als die einer partizipatorischen Demokratie. In einer Zuschauerdemokratie läßt sich die Illusion der Demokratie aufrechterhalten und zugleich eine Stabilität des gegenwärtigen Status politischer Eliten gewährleisten ...“ Mit diesem Thema ... beschäftigte sich der einflußreiche Bericht „**The Crisis of Democracy**“. Dieser Bericht war 1975 im Auftrag der sogenannten „**Trilateralen Kommission**“ erstellt worden. „Trilateral“ bezieht sich darauf, dass die Mitglieder dieser elitären Beratungskommission aus den drei großen Wirtschaftsblöcken Nordamerika, Europa und Japan stammten. Die Trilaterale Kommission hat enge Beziehungen zu anderen Elitenetzwerken, insbesondere zur **Bilderbergkonferenz** und zur **Atlantik-Brücke**. ...

In dem Bericht ... wird festgestellt, dass sich die durch ein „Übermaß an Demokratie“ (excess of democracy) verursachte Krise der Demokratie nur lösen lasse und sich Demokratie nur (im Sinne der Eliten) handhaben lasse, wenn einige Individuen und Gruppen ein gewisses Maß an Apathie und Unbeteiligung aufweisen („The effective operation of a democratic political system usually requires some measure of apathy and noninvolvement on the part of some individuals and groups.“) ... Dieses Ziel läßt sich nur erreichen, wenn geeignete Techniken verfügbar sind, insbesondere Techniken der Apathie-Induktion (durch Sorgen um den finanziellen Lebensunterhalt, Angsterzeugung, Konsumismus, etc.), Techniken des Meinungsmanagements und Techniken des Empörungsmanagements. ...

Eine zentrale Rolle spielen dabei ... die Massenmedien. Über deren Funktion finden wir sehr klare Einsichten bei Paul Lazarsfeld, einem der bedeutendsten Kommunikationsforscher und zugleich einem der Begründer der modernen empirischen Sozialforschung: „Man muss die Bürger mit einer Flut von Informationen überziehen, so dass sie die Illusion der Informiertheit haben.“ Durch diese Illusion der Informiertheit hat der Bürger ein politisch reines Gewissen; er fühlt sich über alles Wesentliche unterrichtet und kann abends beruhigt zu Bett gehen.

In dieser Hinsicht zählen für Lazarsfeld die Massenmedien zu den „most respectable and efficient of social narcotics“. Wenn man durch sie den Bürgern das Gefühl der Informiertheit gibt und wenn sie dann beim Frühstück die Süddeutsche Zeitung gelesen haben, nachmittags noch einmal in Spiegel Online geschaut haben und sich abends die Tagesschau angesehen

haben, sind sie von ihrem Gefühl der Informiertheit so überwältigt, dass sie die Krankheit, an der sie leiden – so Lazarsfeld – nicht einmal mehr erkennen können („to keep the addict from recognizing his own malady“).

... Neben Techniken der Sedierung spielen im politischen Bereich der affektiven Kontrolle Techniken der Angsterzeugung eine besondere Rolle. In der Legitimationsrhetorik für militärische „Interventionen“ bedient man sich gerne einer Doppelstrategie: Die gebildeteren Teile der Bevölkerung lassen sich recht leicht unter dem Banner von „humanitären Interventionen“ für Angriffskriege gewinnen, der übrige Teil lässt sich am leichtesten durch Angsterzeugung vor bösatigen und gewalttätigen Kräften gewinnen. Ein historisch berühmtes Beispiel mit gewaltigen Konsequenzen zeigt den damaligen US-Außenminister Colin Powell am 5. Februar 2003 vor dem UN-Sicherheitsrat, in der Hand ein pulvergefülltes Röhrchen. Es sollte den „eindeutigen Beleg“ dafür demonstrieren, dass Saddam Hussein über Massenvernichtungswaffen verfüge. Dieser „Nachweis“ richtete sich vor allem an die amerikanische Bevölkerung und hatte das Ziel, deren Ängste so zu erhöhen, dass sie die schon lange geplante US-Invasion des Irak befürwortet. Diese Affektmanipulation war höchst wirkungsvoll, mit dem Kollateraleffekt, dass in der Folge mehr als 100.000 irakische Zivilisten ermordet wurden. Das folgenschwerste jüngste Beispiel, wie sich mit Angsterzeugung hegemoniale Politik machen läßt, ist die Berichterstattung der Massenmedien über Russland und die Ukraine. ...“

**Rainer Mausfeld** ist emeritierter Hochschullehrer für Allgemeine Psychologie an der Universität zu Kiel. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte sind Wahrnehmungspsychologie, Kognitionswissenschaft und Geschichte der Psychologie.

□ Link zur Originalversion: <https://free21.org/warum-schweigen-die-laemmer/>

□ Link zum Video: <https://youtu.be/Rx5SZrOsb6M>

## 4 Friedenslogik statt Kriegslogik

### 4.1 Andreas Zumach.

#### Der Ukrainekrieg - Eine Zeitenwende wohin?

*In einem **Videovortrag** am **12. Mai 2022** spricht Andreas Zumach zum Krieg in der Ukraine. Die Veranstaltung wurde organisiert vom **Evangelischen Dekanat Darmstadt** und dem **Darmstädter Friedensbündnis**.*

*Andreas Zumach geht auf 10 Fragen ein, die jede für sich in Politik, Medien und Gesellschaft nach wie vor kontrovers diskutiert werden. Die Fragen bilden gleichzeitig eine gut nachvollziehbare Gliederung des Vortrags. Die jeweiligen Themen können ohne Verlust des Zusammenhangs auch abschnittsweise und mit Pausen angesehen bzw. auch nur gehört werden. Der Vortrag dauert **1h:37min** und beginnt bei 3:08 min.*

1. Zeitenwende? Ein ideologischer Kampfbegriff
2. Pazifismus? Ist der Pazifismus am Ende? Hat sich die Friedensbewegung geirrt?
3. Atomwaffen? Stimmt die Behauptung, wenn die Ukraine 1994 nicht ihre Atomwaffen abgegeben hätte, wäre sie jetzt nicht angegriffen worden?
4. Sind Deutschland und die Nato-Staaten inzwischen kriegsbeteiligt?
5. Waffenlieferungen? Pro und Contra
6. Gibt es unterschiedliche Interessen der USA und den europäischen Staaten in diesem Konflikt?
7. Wie sieht es aus mit den Chancen für Verhandlungslösungen?
8. Welche Chancen gibt es für eine europäische Friedensordnung - nach diesem Krieg und nach der Ära Putin?
9. Aufrüstungsbeschlüsse – tatsächlich alternativlos?
10. Was tun? Was können Menschen, die sich als friedensbewegt und Pazifisten verstehen jetzt tun?

**Andreas Zumach** ist Journalist und Publizist. Von 1988 bis 2020 war er Schweiz- und UN-Korrespondent für die taz mit Sitz am europäischen Hauptsitz der Vereinten Nationen in Genf. Er arbeitet als freier Korrespondent für deutsch- und englischsprachige Print- und Rundfunkmedien

- Link zum Video: <https://www.youtube.com/watch?v=9DSDqTPERIU>

Eine Auflistung weiterer Vorträge von Andreas Zumach zum Thema siehe unter der URL:  
[https://www.lebenshaus-alb.de/cgi-bin/cms/mt-search.cgi?tag=Andreas%20Zumach&blog\\_id=1](https://www.lebenshaus-alb.de/cgi-bin/cms/mt-search.cgi?tag=Andreas%20Zumach&blog_id=1)

## 4.2 NaturwissenschaftlerInnen-Initiative NatWiss. Die Waffen nieder! Friedenslogik statt Kriegslogik!

*Die NaturwissenschaftlerInnen-Initiative NatWiss „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.“ veröffentlichte am 18. Oktober 2022 nachstehende Pressemitteilung online unter der URL: <http://natwiss.de/die-waffen-nieder-friedenslogik-statt-kriegslogik>*

### **Die Waffen nieder! Friedenslogik statt Kriegslogik!**

Aufruf gegen den Ukraine-Krieg und zu den Demonstrationen für Frieden und Abrüstung.

„NatWiss verurteilt den Angriff Russlands gegen die Ukraine, der nicht zu rechtfertigen ist und die Regeln des Völkerrechts verletzt, mit unabsehbaren Opfern und Schäden. Gleichzeitig vergessen wir nicht, dass im Vorfeld des Krieges Warnungen und Vorschläge ignoriert, Prinzipien von Kriegsvermeidung und Friedenssicherung missachtet wurden. Das Wissen über Kriegsursachen und Friedenslösungen muss genutzt werden, um die Kriegshandlungen zu beenden und weitere Eskalationsspiralen zu vermeiden. Daher demonstrieren wir für Frieden und gegen jeden Militarismus!

In diesem Krieg drohen alle zu verlieren, egal wer sich auf den Trümmern und Gräbern zum „Sieger“ erklärt. Hauptopfer sind die Menschen in der Ukraine, die Toten, Verwundeten und Flüchtenden. Die Folgen treffen auch die Bevölkerung Russlands und Menschen in der ganzen Welt. Es verliert das Völkerrecht, die europäische Friedensordnung und die Zivilgesellschaft. Die Schäden und Kosten des Krieges zerstören die Bedingungen für nachhaltigen Frieden und die Lösung globaler Probleme: Armut und Hunger, Vertreibung und Flucht, Umweltzerstörung und Klimawandel. Ein Atomkrieg wäre das Ende der Menschheit: No Future!

Opfer ist auch die Wahrheit. Kriegspropaganda dominiert auf allen Seiten. Die überhitzte Echokammer der Kriegsempörung löscht früheres Wissen, das für die Zukunft gebraucht wird. Kaum gefragt wird, wie es zur Katastrophe kam, wer über Jahrzehnte die Eskalationsspirale angetrieben hat. Ist es bloß der zum Dämon erklärte Putin oder auch die NATO, die nach dem Sieg im Kalten Krieg über alle Grenzen expandierte, bis zur Schwelle des Krieges? Wer Frieden mit Aufrüstung und Militärinterventionen untergraben und selbst das Völkerrecht gebrochen hat, ist ein schlechter Ratgeber für friedliche Lösungen. Getrieben durch die am Krieg verdienende Rüstungsindustrie drängen diese Kräfte schon lange auf eine „Zeitenwende“ geopolitischer Machtkämpfe und eine weitere Aufrüstung der NATO, wodurch die Welt unsicherer wird. Mit Kriegsbeginn verdoppelte die Bundesregierung die in den letzten Jahren stark gestiegenen Militärausgaben und übertrifft nun alleine schon die Russlands vor dem Krieg. Rüstung mit noch mehr Rüstung zu bekämpfen ist sowenig zukunftsfähig wie dem Klimawandel mit Klimaanlagen zu begegnen.

Gegen das Vergessen ist es die Pflicht der Wissenschaft, das Wissen über Krieg und Frieden für die Beendigung des Ukraine-Krieges und die Verhinderung weiterer Kriege zu aktivieren:

1. Wir sagen Nein zu Wirtschaftskriegen, Waffenlieferungen oder Militärsaktionen, die die Eskalationsspirale vor und in diesem Krieg angeheizt haben, und lehnen Sanktionen ab, die die Bevölkerung weltweit treffen.
2. Wir unterstützen humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und Opfer von Gewalt, ebenso den Ausbau der Verbindungen zur Zivilgesellschaft und Friedensbewegung in Russland und der Ukraine, um Bewegungen zur Beendigung des Krieges zu mobilisieren.
3. Den Versuchen, einen totalen Krieg in allen Bereichen der Gesellschaft zu forcieren und autoritäre Strukturen von Militarismus, Kriegsgehorsam und Denkverboten zu unterstützen, stellen wir die Zivilgesellschaft und ihre zivilen Prinzipien für menschliches Zusammenleben und Konfliktlösung entgegen.
4. Auf die Anklagebank gehören die zum Krieg drängenden Kräfte, nicht die Friedenskräfte, die seit Bertha von Suttner „Die Waffen nieder!“ rufen und vor Krieg warnen, dringlicher denn je.
5. Die Kriegslogik gegeneinander muss ersetzt werden durch die Friedenslogik miteinander: Deeskalation, Diplomatie, sofortige Einstellung der Kriegshandlungen, Rückzug der Waffen, Verhandlung und Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, Schutz und Stärkung des Völkerrechts, Schaffung einer europäischen und globalen Friedensarchitektur unter Einschluss Russlands und Chinas.
6. Statt einer Zeitenwende für Aufrüstung und Krieg braucht die Welt eine Zeitenwende für Abrüstung und Frieden, für gemeinsame Sicherheit im Haus Europa, für Nachhaltigkeit und die Lösung der globalen Probleme auf unserem Planeten.

Wir rufen auf, für diese Ziele gemeinsam zu demonstrieren“.



## Inhaltverzeichnis mit Quellenangaben

### Editorial: Denk- und Sprachräume freihalten

#### 1 Eskalation und De-Eskalation Seite 4

##### 1.1 DISS. ... für eine andere Zeitenwende

- Autor: DISS-Redaktion, nicht namentlich gezeichnet
- Publikation: DISS Journal Sonderheft 5
- Herausgeber: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie kultuRRRevolution.
- Datum: Juli 2022
- Link zur Originalversion: <http://www.diss-duisburg.de/2022/07/diss-journal-sonderheft-5/>

##### 1.2 Wolfgang Kastrup.

##### Die Ukraine als Schlachtfeld in einem Weltordnungskrieg

- Publikation: Diss Journal Sonderheft 5
- Herausgeber: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) und Zeitschrift für angewandte Diskurstheorie kultuRRRevolution.
- Datum: Juli 2022
- Link zur Originalversion: <http://www.diss-duisburg.de/2022/07/diss-journal-sonderheft-5/>

##### Übersicht: Nato-Osterweiterung seit 1999

Quelle: <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/ukraine-konflikt-chronologie-100.html>

##### 1.3 David Teutrie. Eskalation mit Ansage: Der Ukraine-Konflikt

- Publikation: Le monde diplomatique, deutsch. Ausgabe
- Herausgeber: taz Entwicklungs GmbH & Co.Medien KG, Berlin
- Datum: 11. Februar 2022
- Link zur Originalversion: <https://oio.ch/docs/Ukraine-Krise%20-%20Eskalation%20mit%20Ansage>

##### 1.4 Andreas Zumach. Putins Krieg, Russlands Krise

- Publikation: Le monde diplomatique, deutsch. Ausgabe
- Herausgeber: taz Entwicklungs GmbH & Co.Medien KG, Berlin
- Datum: 10. März 2022
- Link zur Originalversion: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5830499>

##### 1.5 Peter Wahl. Verhandlungen statt Siegfrieden.

##### Über (Doppel-)Moral in der Ukrainekrise

- Publikation: Zeitschrift LUXEMBURG. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis
- Herausgeber: Rosa Luxemburg Stiftung
- Datum: September 2022
- Link zur Originalversion: <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/verhandlungen-statt-siegfrieden/>

#### 2 Sanktionen um jeden Preis? Seite 8

##### 2.1 Mathias Reymond und Pierre Rimbert. Energiekrieg - Die Sieger stehen schon fest

- Publikation: Le monde diplomatique, dtsch. Ausgabe
- Herausgeber: : taz Entwicklungs GmbH & Co.Medien KG, Berlin
- Datum: 09.06.2022
- Link zur Originalversion: <https://monde-diplomatique.de/artikel/!5844528>



## **2.2 Wolfgang Lieb. Sieg im „Wirtschaftskrieg“? Sinn und Zweck, Schaden und Nutzen von Sanktionen gegen Russland – eine vergiftete Diskussion**

Vortrag beim Rosa-Luxemburg-Gesprächskreis Sülz-Klettenberg am 19. Oktober 2022

- Publikation: Abdruck des Manuskripts mit freundlicher Genehmigung des Autors
- Datum: 19.10.2022
- Link zum Veranstaltungshinweis: [https://www.rosalux.de/veranstaltung/es\\_detail/UDCDF](https://www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/UDCDF)

## **3 Medien und Militarisierung** Seite 18

### **Übersicht: Das Morelli-Modell der Kriegspropaganda**

Quelle: Anna Morelli. Die Prinzipien der Kriegspropaganda. Springer: Zu Klampen, 2. Aufl. 2014

### **3.1 Clemens Knobloch. Einige rhetorische Ressourcen des Nato-Kriegsdiskurses. Notizen zur Berichterstattung über den Russischen Krieg in der Ukraine in den deutschen Medien.**

Überarbeiteter Vortrag bei der NRW-Mitgliederversammlung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 14.05. 2022

- Publikation: Diss Journal Sonderheft 5. Abdruck mit freundlicher Genehmigung des Autors
- Herausgeber: Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS)
- Datum: Juli 2022
- Link zur Originalversion: <http://www.diss-duisburg.de/2022/07/diss-journal-sonderheft-5/>

### **3.2 ZDF ‚Die Anstalt‘. Atlantikbrücke und Manipulation der Presse,**

- Autoren: Max Utthoff und Claus von Wagner
- ZDF Fernseh-Magazin ‚Die Anstalt‘
- Datum: Sendung vom 29.04.2014
- Link zum Video (7:31 min): <https://www.youtube.com/watch?v=nzBJrhizwU>

### **3.3 Rainer Mausfeld. Warum schweigen die Lämmer? Techniken des Meinungs- und Empörungsmanagements.**

Vortrag an der Christian-Albert-Universität zu Kiel am 22.Juni 2015

- Publikation: Free21; free21.org
- Herausgeber: Verein zur Förderung unabhängiger journalistischer Berichterstattung e.V.;
- Datum: 22.06.2015, für die Publikation in „Free 21“ in 2019 überarbeitet
- Link zur Originalversion: <https://free21.org/warum-schweigen-die-laemmer/>
- Online auch als Video abrufbar unter der URL: <https://youtu.be/Rx5SZrOsb6M>

## **4 Friedenslogik statt Kriegslogik** Seite 29

### **4.1 Andreas Zumach. Der Ukrainekrieg - Eine Zeitenwende wohin?**

- Zoomvortrag 1:37 min, Beginn nach 3:08 min.
- Veranstalter: Evangelischen Dekanat Darmstadt und Darmstädter Friedensbündnis
- Datum: 12. Mai 2022
- Link zum Video: <https://www.youtube.com/watch?v=9DSDqTPERIU>

### **4.2 NatWiss. Die Waffen nieder! Friedenslogik statt Kriegslogik! Aufruf gegen den Ukraine-Krieg und zu Demonstrationen für Frieden und Abrüstung**

- Publikation: Pressemitteilung
- Herausgeber: NatWiss - Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit e.V.
- Datum: 18.10.2022
- Link zur Originalversion: <http://natwiss.de/die-waffen-nieder-friedenslogik-statt-kriegslogik>

